

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

18. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

ArmutsA

6. Sitzung

1. Oktober 2014

Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung

6. Sitzung

am 1. Oktober 2014

im Haus der Bürgerschaft

Raum 2

Anwesend: Abg. Frau Böschen (SPD)
Abg. Frau Dogan (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Garling (SPD)
Abg. Frau Grönert (CDU)
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Krümpfer (SPD)
Abg. Möhle (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Röwekamp (CDU)
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)
Abg. Dr. vom Bruch (CDU), Vorsitzender
Abg. Weigelt (SPD)
Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)

weiter sind anwesend:

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Dr. Yazici (CDU)

außerdem sind anwesend:

Frau Lassek

von der Grundschule Pfälzer Weg

Herr von Lührte	von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft
Frau Kreuzer	von der Senatskanzlei
Herr Hoffmann	Mitarbeiter der Fraktion der CDU
Frau Müller	Mitarbeiterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hesse	Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE
Herr Ruland	Praktikant der Fraktion DIE LINKE
Herr Weiß	von der Bürgerschaftskanzlei als Assistent des Ausschusses

Beratungsgegenstände

1. Feststellung und Genehmigung der Tagesordnung und des Protokolls
2. Bildung – Unterbrechung von Armutsketten, Berufsorientierung, berufliche Ausbildung
3. Zwischenbilanz und Diskussion der bisherigen Ausschussarbeit
4. Verschiedenes

Abg. Dr. vom Bruch eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr

Abg. Dr. vom Bruch: Meine Damen und Herren, ich darf Sie zu unserer heutigen Sitzung ganz herzlich begrüßen.

Nachdem wir uns in den letzten Sitzungen eher mit dem Phänomen der Armut in Bremen und ihrer Prävention im Allgemeinen beschäftigt haben, wollen wir heute den Fokus ein wenig verengen, und zwar - ich sage es einmal untechnisch - unter dem Begriff der Bildung. Dabei geht es um Bildung im Rahmen von Prävention, es geht um Bildung im Zusammenhang mit der Frage, wie Armutsketten unterbrochen werden können, darum, was Bildung mit Armut zu tun hat. Man kann sowohl in die eine als auch in die andere Richtung darüber nachdenken. Da gibt es einen gegenseitigen Zusammenhang. Die wissenschaftliche Seite hat bewiesen, dass der Ausschluss von Bildung, das Nichtvorhandensein von Chancen im Bereich Bildung in der Kindheit, Armut nach sich zieht; das darf man vielleicht so sagen. Im Umkehrschluss heißt das - das ist der positive Teil der Nachricht -, dass die Verbesserung von Bildungschancen möglicherweise ein wirksames und wichtiges Mittel ist, um Armut vorzubeugen oder Armutsketten zu unterbrechen.

Wir haben für heute zwei Beratungsteile geplant. Deshalb komme ich gleich darauf zu sprechen, wie wir die Sitzung nach meinem Empfinden gestalten sollten.

Wir haben für den ersten Teil eine Referentin und einen Referenten eingeladen. Ich darf Frau Lassek bei uns begrüßen, die Leiterin der Schule Pfälzer Weg. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Frau Lassek, vielleicht darf ich kurz sagen, wie das zustande kommt. Ich habe bereits erwähnt, dass wir uns im Zuge unserer bisherigen Beratungen mit dem Phänomen der Armut allgemein befasst haben. In den Vorträgen sind Sie uns in Person, aber auch das, was an Ihrer Schule passiert, in mehrfacher Hinsicht begegnet, und dies insbesondere auch unter dem Aspekt, wie eine Schule in einem

Stadtteil wirkt, im Hinblick darauf, wie eine Schule auch mit anderen Agierenden in dem Stadtteil zusammenwirkt, aber auch bezüglich der Elternarbeit. Das waren ganz wesentliche Stichworte, die fielen und bei denen Ihre Schule - ich will jetzt nicht übertreiben, aber - immer wieder mit beispielgebenden Projekten benannt worden ist.

Ich darf des Weiteren Herrn Detlef von Lührte unter uns begrüßen. Herr von Lührte, ich habe das Gefühl, im Vorgriff haben wir die terminliche Planung des Ressorts im Allgemeinen und Ihre im Besonderen durcheinander gebracht und strapaziert. Daher möchte ich mich bei Ihnen ganz besonders dafür bedanken, dass Sie es heute möglich gemacht haben, hier zu sein, um uns die Dinge aus Sicht des Ressorts ein wenig allgemeiner darzustellen.

Ich würde vorschlagen, dass wir nach meiner Einführung mit Ihrem Vortrag, Herr von Lührte, beginnen und dass wir Sie, Frau Lassek, nach einer Frage- und Diskussionsrunde zu Wort kommen lassen.

Der zweite Teil der heutigen Veranstaltung sollte eine Diskussion unter uns beinhalten. Wir haben in der Vergangenheit bereits das eine oder andere zusammenfassende Papier produziert. Deshalb werde ich gleich auch noch versuchen, die Papierlage ein wenig zu sortieren und uns auf einen gemeinsamen Stand bringen; denn es ist in der jüngeren Vergangenheit bis in die letzten Stunden hinein dankenswerterweise die eine oder andere „Anlieferung“ gekommen.

Nach meiner Vorstellung sollten wir diese Papiere nach einer kurzen Einführung durch die Sprecher oder jemanden - wen auch immer -, der sich dazu berufen fühlt, kurz miteinander diskutieren. Bei jedem Papier sollten wir der Frage nachspüren, wie wir uns zu den darin enthaltenen Thesen verhalten wollen, ob wir die jeweilige These als eine allgemeine, im Ausschuss konsentiertere Empfehlung sozusagen auf grün stellen oder ob sie eine diskussionswürdige, also weiter verfolgbare These ist, bei der eine Einigung möglicherweise nur an der Formulierung hängt, oder ob einzelne Fraktionen sagen, dass das mit ihnen so nicht zu machen ist. Letztes müsste man dann gegebenenfalls in Form eines Minderheitenvotums in den Bericht aufnehmen. Ich habe mir überlegt, dass wir nachher zur Kennzeichnung, um welche Art von These es sich jeweils handelt, die Ampelfarben nutzen.

Herr Güldner, unter dem Punkt „Verschiedenes“ müssten wir noch zwei Dinge ansprechen. Das ist einmal der Sachstand bezüglich der personellen Unterstützung. Dazu kann Herr Weiß ein paar Ausführungen machen. Zum anderen müssten wir uns noch darüber verständigen, was die nächste Woche anbelangt, die offensichtlich in unterschiedliche Richtungen terminliche Schwierigkeiten bereitet. Wir müssen sehen, ob wir möglicherweise einen Ausweichtermin finden oder wie auch immer.

Dann ist jetzt der Vorrede genug. Ich trete in die **Tagesordnung** ein und frage, ob es zur Tagesordnung mit den Erläuterungen, die ich gegeben habe, Anmerkungen gibt oder ob wir so verfahren können, wie ich dies erläutert habe. - Ich sehe keinen Widerspruch, was ich als Zustimmung werte.

Was die **Protokolle** anbelangt, so liegen sie bis zur vierten Sitzung vor. Das Protokoll der fünften Sitzung, das der letzten Woche, liegt uns noch nicht vor. Es wird nachgereicht.

Nun möchte ich, damit wir sozusagen eine gemeinsame Lesart haben, versuchen, gemeinsam mit Ihnen die Papiere zu sortieren, die wir heute zur Grundlage unserer Erörterungen machen wollen.

Bereits das letzte Mal lag meine umfangreiche Synopse vor, die wir als CDU-Fraktion noch einmal dahingehend ausgewertet haben, was uns als Fraktion aus dieser Synopse, aber auch darüber hinaus unter dem Stichwort „Bildung“ wichtig ist. Das ist das Ihnen zugegangene Papier, das mit „Thesenpapier (CDU-Fraktion)“ überschrieben ist. Das müsste eigentlich jeder Fraktion vorliegen. Ich schaue in die Runde. - Das ist der Fall.

Vonseiten der SPD ist uns einseitig ein Papier mit zehn Thesen zugegangen, überschrieben mit: „Bildung - welche Maßnahmen leisten wichtige Beiträge zur Stärkung von Teilhabe?“. Ich schaue in die Runde, ob dieses auch vorhanden ist. - Das ist der Fall.

Von den Grünen liegt mir ein Papier vor, das noch von der allgemeineren Variante ausgeht, aber auch zum Thema Bildung eine ganze Reihe von Aussagen enthält. Das ist das etwas verdichtete Papier, das überschrieben ist mit: „Zum weiteren Vorgehen des Ausschusses zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung“, Herr Dr. Güldner, ich gehe davon aus, dass dieses nach wie vor aktuell ist.

Abg. Dr. Güldner: Ja.

Abg. Dr. vom Bruch: Von der Fraktion der LINKEN gibt es ein etwas allgemeiner gehaltenes Papier in Tabellenform, das auch noch von einem Bezug zu meiner Synopse ausgeht.

(Abg. Frau Vogt: Zur letzten Sitzung! Ja!)

Allerdings haben wir in den letzten beiden Stunden ein weiteres Papier mit sechs Thesen in sehr komprimierter Form gemailt bekommen. Es ist überschrieben mit den Worten „Zentrale Diskussionspunkte für die Sitzung des Ausschusses zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung am 01.10. zum Thema Bildung“, es ist also für den heutigen Tag. Ich darf nachfragen, ob dieses allen zur Verfügung steht. Da es sehr aktuell ist, ist das vielleicht nicht selbstverständlich. - Das scheint aber auch der Fall zu sein.

Ich würde sagen, das allgemeine Papier der LINKEN -

(Abg. Frau Vogt: Kommt in die zweite!)

- kommt in die nächste Runde. Das legen wir jetzt einmal unter den Stapel.

Vor dem Hintergrund dieser Papiere werde ich in der zweiten Runde versuchen, eine Diskussion unter dem Stichwort „Bildung“ zu konkretisieren, und der Frage nachspüren, auf welche Punkte wir uns verständigen können. Meine kursorische Durchsicht hat ergeben, dass es Punkte gibt, bei denen der eine oder andere Dissens besteht, bei denen wir vielleicht in der Diskussion auf gelb stellen, um sie zu

einem späteren Zeitpunkt zu vertiefen, ich sehe aber durchaus auch eine Reihe von Punkten, bei denen man zwar nicht sagen kann, dass sie in der Formulierung identisch sind, die aber deutlich in eine ähnliche Richtung gehen.

Gibt es zu dem von mir für heute beabsichtigten Verfahren oder zu den Inhalten einen Kommentar oder eine Anmerkung? - Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Herr von Lührte, wir begrüßen Sie nochmals ganz herzlich und bitten nun um Ihre Ausführungen.

Herr von Lührte: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Dr. vom Bruch, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich hier sein kann. Herr Dr. vom Bruch, wenn der Souverän ruft, dann müssen die Terminpläne der zweiten Gewalt zurückstehen. Aber sollte ich hier und da Ihre Erwartungen nicht ganz erfüllen, so hat das vielleicht auch etwas mit ihnen zu tun.

Ich habe mir überlegt, was diesen Ausschuss im Zusammenhang mit Bildung interessieren könnte. In dieser Weise habe ich mein Eingangsstatement strukturiert.

Zunächst zu meiner Person, falls es einige nicht wissen: Ich bin seit Dezember vergangenen Jahres Leiter der Abteilung Bildung im Hause der Senatorin für Bildung und Wissenschaft.

Zum Thema Armutsbekämpfung beziehungsweise zur Bildung als Thema von Armutsbekämpfung möchte ich eingangs sagen, dass ich denke, dass dieses ein allseits bekanntes Dilemma beschreibt. Einerseits ist Bildung, wie Herr Dr. vom Bruch gesagt hat, sicherlich Voraussetzung, um die Verfestigung von Armut zu durchbrechen, andererseits ist die Armut auch das größte Hindernis beim Erwerb von Bildungschancen und beim Erwerb von Lernerfolgen.

Wir haben es dabei in Bremen mit einer besonderen Lage zu tun. Ihnen, die Sie im Bildungsbereich aktiv sind, sind die Fakten sicherlich alle vertraut. Es mag dem einen oder anderen häufig auch wie eine Ausrede der jeweiligen Administration

erscheinen, aber wir haben in Bremen eine Häufung der drei größten Risikofaktoren, die dem Lernerfolg entgegenstehen, zu verzeichnen. Das ist zum einen der Bildungsstand von Eltern, bei dem wir im Bundesvergleich mit Abstand den letzten Platz belegen. Von einem schlechten Bildungsstand der Elter betroffen sind 26,2 Prozent der Schülerinnen und Schüler bei einem Bundesdurchschnitt von 11,5 Prozent. Beim Risiko der Arbeitslosigkeit belegen wir den vorletzten Platz mit 18,6 Prozent gegenüber 9,4 Prozent im Bundesdurchschnitt. Beim Armutsrisiko belegen wir ebenfalls den letzten Platz mit 33,6 Prozent bei einem Durchschnitt von 18,8 Prozent. Die Kombination dieser drei Risiken macht es dann besonders wichtig. Auch insoweit belegen wir mit 10,5 Prozent im Vergleich zu 3,4 Prozent im Bundesdurchschnitt den letzten Platz. Damit korreliert auch die Armutsgefährdung der Jugendlichen unter 18 Jahren. Hierzu erspare ich mir die Zahlen. Zunächst kann man festhalten: In Bremen ist jedes achte Kind von diesen Risikofaktoren betroffen, in den Siegerländern von PISA ist es nur jedes 50. Kind. Das verdeutlicht die Ausgangslage.

Diese Risikofaktoren gelten allgemein in der Wissenschaft - das kann man, glaube ich, sagen - als größtes Hindernis für den Lernerfolg. Seit dem PISA-Schock, der den Zusammenhang von sozialer Lage und Bildungserfolg für die Bundesrepublik insgesamt, aber in besonderer Weise auch für unser Bundesland deutlich gemacht hat, kann man wohl sagen, dass die Bildungspolitik einen Schwerpunkt der jeweiligen Senatspolitik darstellt. Ich zitiere in diesem Zusammenhang die berühmte „Schippe drauf“ des Bürgermeisters. Das wird auch in Zahlen deutlich. Man kann schon sagen, dass der Senat hierauf einen Schwerpunkt legt. Bei den Ausgaben für die öffentliche Schule liegen wir mit 6 100 Euro pro Schüler etwas über dem Bundesdurchschnitt von 6 000 Euro. Diese Ausgaben wuchsen in den letzten fünf Jahren um 24,5 Prozent im Vergleich zu 20 Prozent im Durchschnitt. Auch bei den Ausgaben je Einwohner liegt Bremen mit 737 Euro im vorderen Mittelfeld. Hier liegt der Durchschnitt bei 721 Euro. Gleichwohl - das ist spätestens seit dem Bildungsmonitoring der deutschen Wirtschaft bekannt - liegen wir beim Anteil an den Gesamtausgaben mit 11,4 Prozent unter dem bundesweiten Durchschnitt von 14,9 Prozent. Das mag auch etwas mit dem Stadtstaatenvergleich zu tun haben. Die Ausgaben eines Stadtstaates weichen von denen der Flächenländer ab. Dort fließen

zum Beispiel die Sozialausgaben ein. Man kann den Untersuchungen nicht genau entnehmen, ob das mit eingerechnet oder bereinigt worden ist. - Das zur Datenlage.

Die Politik der jeweiligen Senate ist, wie gesagt, seit dem PISA-Schock im Scherpunkt darauf gerichtet, den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Bildungserfolg zu überwinden. Das macht sich an dem Schulkonsens fest, der nicht nur von den senatstragenden Parteien, sondern auch von der CDU getragen wird und bei dem man sich auf ein Zwei-Säulen-System mit einerseits der Oberschule, andererseits dem Gymnasium konzentriert hat. Dabei ist nach Auffassung der senatstragenden Parteien - das darf ich ruhig sagen - die Oberschule das Mittel der Wahl zur Überwindung dieser Zusammenhänge. In der Oberschule befinden wir uns in einem System, das es allen Schülerinnen und Schülern ermöglicht, in einem etwas längeren Zeitraum als im Gymnasium die für sie bestmöglichen Abschlüsse zu erreichen. Das heißt, wir bieten an, in einem 13-jährigen Lauf das Abitur zu erreichen. Dabei ist die Oberschule auf den Erwerb aller drei Abschlüsse ausgerichtet und ermöglicht - immer im laufenden System - auch noch den Umstieg auf die jeweils höhere Laufbahn, hält also die Entscheidung über den Bildungsweg möglichst lange offen.

Seitdem dieses Zwei-Säulen-System eingeführt worden ist - die dahin führenden Stufen wie das Schulgesetz im Jahr 2009 und Ähnliches will ich jetzt nicht mehr wiederholen -, gibt es auch eine miteinander verzahnte Planung des Senats. Das beginnt mit einem in einem Ausschuss beratenen Schulentwicklungsplan, in dem beschrieben wird, was eine gute Schule ausmacht und was die einzelnen Bestandteile der Schulreform ausmachen soll, setzt sich fort im Entwicklungsplan Inklusion und endet mit dem Entwicklungsplan Migration und Bildung, den wir hoffentlich morgen in der Bildungsdeputation beschließen. Diese Pläne bauen aufeinander auf, nehmen aufeinander Bezug und haben alle auch die Frage der Überwindung von sozialer Herkunft und Bildungsferne zum Inhalt.

In die Entwicklung der Oberschule haben der Senat und der Haushaltsgesetzgeber erhebliche Mittel investiert. Das beginnt bei der Frage der Klassenfrequenzen, setzt sich fort über die Leitungsstruktur, die ausgeweitet worden ist, und bezieht natürlich auch die Entwicklungsstruktur im Rahmen des Prozesses „Schulen im

Reformprozess“ mit ein. Dafür werden den Schulen jeweils Entlastungsstunden zur Verfügung gestellt.

Wir befinden uns beim Ausbau der Oberstufen in der Zielgerade. Der erste Jahrgang ist jetzt im neunten Jahrgang angekommen. Das heißt, wir erwarten im nächsten Schuljahr den ersten Jahrgang, der die Sekundarstufe I der Oberschule durchlaufen hat. Die Oberschule führt nach den schulrechtlichen Regelungen bekanntermaßen auch noch zum Abitur. Deswegen kann man nicht sagen, das Ziel der Oberschule sei erreicht, aber der erste Jahrgang hat dann die Sekundarstufe I durchlaufen.

Ob sich die damit verbundenen Hoffnungen erfüllen, kann man im Moment noch nicht klar entscheiden. Das hat etwas damit zu tun, dass die Ihnen bekannten Ländervergleiche und die internationalen Vergleichsstudien die Jahrgänge, die dort erfasst waren, noch nicht abgegriffen haben. Aber man kann jetzt nicht alle Heilserwartungen darauf richten, dass wir mit der Oberschule nun plötzlich den 16. Platz verlassen werden. Dazu ist zu viel Energie in den Reformprozess hineingegangen.

Man kann allerdings schon ein wenig zu der Frage der Wege sagen, die die Systeme insgesamt gehen. Bei den Abschlüssen liegt Bremen mit der Abiturquote im Vergleich zu den anderen Ländern, die sich auch im Doppeljahrgang befinden, relativ weit vorn. Wir haben eine Quote von 72,5 Prozent im Vergleich zu 54,5 Prozent in den anderen Ländern. Auch die Zahl der Studienanfänger ist in Bremen relativ groß, ebenso die Zahl der Abiturienten. Allerdings - das darf man hierbei nicht verschweigen - liegen wir bei den Schülerinnen und Schülern, die keinen Abschluss erreichen, mit Rang 10 und 6,8 Prozent gegenüber 5,9 Prozent etwas unter dem Durchschnittsrang. Das will ich aber noch nicht abschließend bewerten, weil man das noch nicht in Bezug zu der Schulreform setzen kann. - Das ist der eine Teil der Schulreform, von dem der Senat und die ihn tragenden Parteien glauben, dass er etwas zur Überwindung des Zusammenhangs beitragen kann.

Der andere Teil ist der Bereich der Ganztagschulentwicklung. Nach den Forschungsergebnissen darf man davon ausgehen, dass Ganztagschulen einmal wegen des längeren Verbleibs in einer lernfördernden Umgebung, zum anderen aber

auch wegen der zusätzlichen Bildungsangebote, die dort gemacht werden, ebenfalls dazu beitragen können, diesen Zusammenhang aufzulösen. Deswegen liegt auch in der Entwicklung der Ganztagschulen ein Schwerpunkt der Politik.

Wir erzielen auch hier sehr ordentliche Ergebnisse. Was die Ganztagsbetreuung der Schülerinnen und Schüler insgesamt angeht, haben wir eine Betreuungsquote von 32,9 Prozent; im Bundesdurchschnitt liegt sie bei 32,5 Prozent. Da man aber davon ausgehen muss, dass die gebundenen Ganztagschulen besonders wirksam sind, weil dort ein rhythmisierter Unterricht stattfindet, eine Rhythmisierung von Lernzeit und Freizeit erfolgt und zusätzliche Bildungsangebote gemacht werden, liegt der Schwerpunkt natürlich auf den gebundenen Ganztagschulen. Immerhin in diesem Bereich kann man sagen, dass Bremen gegenüber allen anderen Bundesländern mit 29,2 Prozent im Vergleich zu 14 Prozent deutlich vorn liegt.

Ein Aspekt, der, auch wenn er nicht im Vordergrund von Bildungspolitik steht, sicherlich auch eine Rolle spielt und unter sozialpolitischen Gesichtspunkten wichtig ist, ist, dass sich Bremen im Zusammenhang mit der Armutsbekämpfung, entschieden hat, das Mittagessen mehr zu fördern, als es das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes tut. Beim Bildungs- und Teilhabepaket gibt es eine Selbstbeteiligungsquote. Bremen hat sich erfreulicherweise entschieden, diese Selbstbeteiligung - ich glaube, von einem Euro - beitragsfrei zu stellen, sodass wir jedem Kind in der Schule Essen anbieten können. Solche Basics - dazu wird Frau Lassek sicherlich noch mehr sagen können - haben durchaus eine große Relevanz für den schulischen Alltag und gerade für die Teilhabe von Kindern, die armutsgefährdet sind.

Ein weiteres Thema ist das der Durchlässigkeit, von der wir uns erhoffen, dass diese auch wirksam sein kann. Die Oberschulen sind per se durchlässig. Dort sind Wechsel noch jederzeit möglich. Das spitzt sich natürlich bis zum Ende des Bildungsgangs immer mehr zu, aber man darf, glaube ich schon sagen, dass es eine Reihe von Möglichkeiten gibt.

Ich darf das an meinem eigenen Beispiel illustrieren: Mein Sohn war in der 8. Klasse deutlich gefährdet, hat aber irgendwann doch noch sein Abitur geschafft. Das gibt

das System an der Oberschule her. Im gymnasialen Bildungsgang ist das etwas schwieriger. Aber auch die Gymnasien im Lande Bremen sind dazu aufgerufen, alle Abschlüsse anzubieten. Das ist im bundesweiten Kontext ungewöhnlich. Das ist nicht selbstverständlich. Gymnasien haben Schülerinnen und Schüler, die sie - etwas überspitzt formuliert - selektiert zugeführt bekommen, weil dort das Leistungskriterium greift, haben dann allerdings auch den Auftrag, ihre Schülerinnen und Schüler bis zu einem Abschluss zu begleiten. Das ist auch in der Weise im Schulgesetz deutlich gemacht, dass es keine Abschulungsmöglichkeit gibt. Man kann das Gymnasium nur freiwillig verlassen. - Nun gut, es kann auch ein deutlicher Beratungsdruck erzeugt werden; das ist klar. Aber auf der anderen Seite muss man auch die Gymnasialleiter verstehen, dass sie im Interesse des jeweiligen Schülers hinterfragen, ob er richtig aufgehoben ist.

Die Durchlässigkeit hin zu weiteren Bildungsabschlüssen besteht auch im beruflichen System. Sie kennen sicherlich unsere Broschüren, die wir regelmäßig herausgeben. Auch im beruflichen Bereich gibt es vielfache Möglichkeiten, Abschlüsse nachzuholen oder bessere Abschlüsse zu erreichen, über den Fachoberschulweg, über Fachschulen, die auch den Zugang zu Universitätsstudien bieten, und natürlich bietet Bremen auch das System des zweiten Bildungsweges an. Ich habe mich damit etwas intensiver beschäftigen müssen, weil es bundesweit eine Auseinandersetzung um die Frage der Förderfähigkeit von Abendrealschulen und Abendhauptschulen gab. Bremen ist bei den Zugangsvoraussetzungen an den Erwachsenen Schulen so deutlich für alle möglichen weiteren Wege geöffnet, dass es eigentlich immer eine Möglichkeit gibt, einen Abschluss noch zu verbessern.

Ein weiterer Aspekt der Schulreform - das ist ein ganz wesentlicher auch für uns - ist der Aspekt der Inklusion. Auch wenn nach unseren Zahlen kein unmittelbarer Zusammenhang besteht, gibt es einen Zusammenhang zwischen sozialer Lage und besonderem Förderbedarf. Man kann jetzt nicht von einem Zusammenhang eins zu eins sprechen, bei dem eine bestimmte Quote an Sozialindikatoren eine errechenbare Entsprechung im sonderpädagogischen Förderbedarf fände, aber es gibt eine Relation zwischen dem Sozialindikator von Schülerinnen und Schülern in einem Stadtteil und der Höhe des sonderpädagogischen Förderbedarfs. Deswegen

würde ich die Entscheidung für die inklusive Beschulung auch als Maßnahme im Kontext mit dem Ausschussthema betrachten.

Die uns stolz machenden Quoten will ich hier auch einmal verkünden: Wir haben nur noch 2,3 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Förderzentren. Das sind ja im Wesentlichen die auslaufenden Förderzentren und die drei Wahlförderzentren, die wir noch für die Bereiche Hören, Sehen und körperlich-motorische Entwicklung anbieten, und neuerdings auch wieder die Schule an der Fritz-Gansberg-Straße. Dem stehen 4,8 Prozent der Schülerinnen und Schüler im Bundesdurchschnitt gegenüber. Zudem haben wir eine Inklusionsquote von 63,1 Prozent. Deutschlandweit beträgt diese Quote nur 28,2 Prozent.

Wir machen uns auch in großen Schritten auf den Weg, die Qualität der inklusiven Beschulung zu verbessern. Als ein Beispiel möchte ich die Entwicklung von sogenannten Inklusionsabschlüssen erwähnen, bei der wir auch bundesweit Vorreiter sind. Wir bieten ein differenziertes Angebot. Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der inklusiven Schule können, wenn die Förderung greift und sie mitziehen können, den allgemeinen Abschluss erwerben, einen regulären Abschluss, also die erweiterte Berufsbildungsreife, den mittleren Schulabschluss und Ähnliches. Wenn das nicht gelingt, gibt es ein differenziertes Zeugnis. Darin wird im Einzelfall dargestellt, wo die Regelleistungen erbracht werden, und es wird dargestellt, wo es stattdessen noch Förderbedarfe gibt. Schließlich gibt es für diejenigen, die deutlich im Förderbereich bleiben, ein sogenanntes allgemeines Zeugnis, das die einzelnen besonderen Fähigkeiten und Fertigkeiten darstellt.

Die Frage, wo die Senatspolitik zur Armutsbekämpfung weiter ansetzt, muss sicherlich auch die Ressourcen in den Blick nehmen. Es gibt bei der Lehrerstundenzuweisung eine sogenannte Förderressource Sozialstrukturbedarf, aus der Schulen mit einem schlechten Sozialindikator vergleichsweise mehr Lehrerstunden zugewiesen werden. An der Gesamtlehrerstundenzuweisung beträgt dieser Anteil allerdings nur 2,5 Prozent, aber diese 2,5 Prozent werden immerhin über den Sozialindikator gesteuert. Das hat etwas damit zu tun, dass wir natürlich schon eine Reihe von Festlegungen der Lehrerstunden haben, durch die

Studentafel, durch bestimmte Anforderungen, die wir an die Schulen stellen. Die meisten Stunden sind festgelegt. Wir haben insoweit wenig Spielraum.

Die Kapazitäten, das heißt die Klassenverbandsgrößen, werden über den Sozialindikator gesteuert. Jedes Jahr verabschiedet die Deputation für Bildung die Kapazitätsrichtlinie. Damit gibt es Abschlüsse für besonders schlechte Sozialindikatoren. Die gehen bis zu drei Schülerinnen oder Schülern pro Klassenverband. Auch das ist eine Steuerung über die soziale Lage. Auch die Schulsozialarbeit, die der Senat neu aufgelegt und im Vergleich zu den über Bildung und Teilhabe zugewiesenen Schulsozialarbeiter noch verstärkt hat, haben wir über den Sozialindikator hinzugegeben.

Vielleicht sollte ich etwas zu dem Sozialindikator sagen. Das ist keine Erfindung des Bildungsressorts. Das ist ein Indikator, der in Zusammenarbeit einiger Ressorts erstellt wird. Federführend war bisher das Sozialressort. Hier fließen Indizes mit ein, die sehr vielfältig sind, wie Kriminalitätslage, Bildungsabschlüsse, SGB-II-Bezug und so weiter. Es ist also ein ganzer Strauß von Indizes, aus dem ein Sozialindikator errechnet wird. Dieser wird in unserem Haus auf eine Hunderterskala umgerechnet, und daraus ergibt sich dann ein Ranking. Dieser Sozialindikator wird künftig aller Voraussicht nach vom Senator für Bau und Stadtentwicklung fortgeführt, und die über 50 Indizes werden etwas zusammengestrichen, behalten aber die gleiche Aussagekraft. Dabei wird auf die Kernpunkte der Indizes rekurriert. Manche sind bei dem alten Sozialindikator selbstreferenziell gewesen. Wir haben es gegeneinander gelegt. Das ist eigentlich sehr nah beieinander. Es gibt kleine Abweichungen. Das ist immer noch nicht scharf; denn der Sozialindikator des Sozialressorts und auch der künftige des Bauressorts können im Wesentlichen auf den Stadtteil und manchmal auch auf den Baukörper, auf den Block, abstellen. Sie sind immer noch grob.

Ein Beispiel, das mir immer entgegengehalten wird, ist die Gerhard-Rohlf-Oberschule, deren Sozialindikator relativ gut ist, obwohl sie in unmittelbarer Nähe zur Grohner Düne liegt. Das hat etwas damit zu tun, dass der Stadtteil auch den Bereich der Lesum umfasst, in dem die soziale Lage deutlich besser ist als in der Grohner Düne. Deswegen ist es dort etwas unscharf.

Unsere Idee ist, dass wir den Sozialindikator vielleicht über die sogenannte Blaue Karte etwas schärfen könnten. Dann würden wir sehr nah an den Einzelfall herankommen. Ich muss aber gestehen, dass das noch nicht valide genug ist. Die Inanspruchnahme der Blauen Karte ist vor allen Dingen dann besonders hoch, wenn das Mittagessen gefördert wird, das heißt, an Ganztagschulen. In den Schulen, in denen kein Mittagessen angeboten wird, ist die Blaue Karte, obwohl auch andere Leistungen mit ihr verbunden sind - Klassenfahrten, Schülerbeförderung und Ähnliches -, nicht ganz so valide. Aber es ist unsere Vorstellung, dass wir das möglichst bis aufs Individuum zurückführen.

Manchmal geht man davon aus, dass der Sozialindikator ein Sozialindikator der Schule sei. Das ist nicht so. Wir haben das sogenannte Rucksackprinzip. Das heißt, jeder Schüler bringt seinen Sozialindikator mit, also den Indikator, der aus seinem Wohnstadtteil kommt, und es zählt nicht die Lage der Schule. Das spielt insbesondere bei den Schulen eine Rolle, die stadtweit angewählt werden.

Das ist ein Mittel der Wahl, mit dem wir Ressourcen steuern. Ein weiteres Mittel, um die Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft und Armut zu beseitigen, ist die Steuerung der Ganztagschulentwicklung über den Sozialindikator. Da allerdings ist es ein Mischsystem, weil die Ganztagschule nicht ausschließlich soziale Belange verfolgt, sage ich einmal ein bisschen unscharf. Dort geht es auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und man muss gelegentlich auch schauen, wo es eine besonders starke Nachfrage gibt.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass es auch Schulneugründungen in Gebieten mit schwieriger Lage gibt. Die Neue Oberschule Gröpelingen ist eine Neugründung, wir haben den Ohlenhof neu gegründet, wir haben die Schule an der Egge neu gegründet. Das sind Neugründungen in schwieriger Lage. Wir haben - auch darauf, finde ich, darf Schule und darf vielleicht auch die Bildungsadministration ein wenig stolz sein - in diesen schwierigen Quartieren ausgesprochen erfolgreiche Schulen. Der Erfolg dieser Schulen macht sich insbesondere am Output fest. Ich erwähne die Gesamtschule West in Gröpelingen, die Gesamtschule Ost in Osterholz. Wir haben auch ein Gymnasium in schwieriger Lage, das Gymnasium Obervieland, das durch den Schulkonsens abgesichert wurde. Wir haben die Wilhelm-Olbers-

Oberschule in Hemelingen. Wir haben erfolgreiche berufsbildende Schulen, die auch zu allgemeinbildenden Abschlüssen führen, teilweise ebenfalls in schwieriger Lage, in Bremen und Rübekamp. Wir haben die Grundschule Pfälzer Weg und andere Belege dafür, dass auch in schwieriger Lage gute Schule gemacht werden kann.

Wenn Sie mir erlauben, folgen noch wenige weitere Zahlenspielerien. Wir haben gerade eine andere politische Debatte. Dabei darf ich den Vorsitzenden anschauen. Beim Unterrichtsausfall stehen wir relativ ordentlich da. In den Grundschulen werden 33,1 Unterrichtsstunden erteilt - im Bundesdurchschnitt sind es 29,9 Stunden - und liegen damit auf Platz drei.

(Zuruf: Da möchte ich aber tüchtig widersprechen!)

Abg. Dr. vom Bruch: Ich auch!

Herr von Lührte: Das sind Durchschnittswerte. - Wir haben 20,3 Schülerinnen und Schüler je Klasse und liegen damit im Mittelfeld. 20,8 sind es bundesweit. In der Sekundarstufe I werden 39,1 Unterrichtsstunden erteilt. Dem stehen 37,9 im Bundesdurchschnitt gegenüber. Dort haben wir 23 Schülerinnen und Schüler je Klasse, bei 24,3 im Bundesdurchschnitt. Bei den erteilten Unterrichtsstunden in der Sekundarstufe I gibt es seit 2007 einen Zuwachs von 11 Prozent; 3,7 Prozent sind es im Bundesdurchschnitt. - So viel zur Debatte über die Unterrichtsversorgung.

Es gibt weitere Schwerpunkte der Politik, die aktueller Natur sind. Deswegen will ich sie hier erwähnen. Im Bündnis für sozialen Zusammenhalt gibt es die Arbeitsgruppe Sprachförderung. Dort haben wir das schon einmal dargestellt. Sprachförderung ist nach der Auffassung des Senats ein Schlüssel zum Erwerb von höheren Bildungsabschlüssen. Deswegen wird künftig ein Schwerpunkt hierauf gelegt werden. Die Sprachförderung soll in fünf Modellregionen auf der Basis einer stärkeren Verzahnung von Kindertagesstätten und Grundschulen stattfinden. Wir wollen, anders als bei manchen Modellen, die wir aus der Vergangenheit kennen, entschieden Wert darauf legen, dass diese Modelle dann auch in die Fläche übertragbar sind. Das heißt, wir legen Wert darauf, dass wir eine Ressource dort

hineingeben, die nicht so hoch ist, dass wir es in der Fläche nicht darstellen können. Das ist ein deutlicher Ansatz dafür, dass wir insoweit mehr erreichen können.

Es soll eine starke Verzahnung gerade beim Thema Sprache geben, das heißt es soll eine wechselseitige Mitarbeit der jeweiligen Teams geben. Wir werden auf vorhandenen Erfahrungen aus TransKiGs, Quims und ähnlichen Projekten, die wir in der Stadt schon hatten, aufsetzen. Wir wollen die Sprachförderung gleichzeitig mit dem Thema Lehrerbildung verzahnen, das heißt, wir wollen auch die Universität, das Landesinstitut für Schule und die Fachschulen für Sozialpädagogik, in der die Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet werden, einbringen, damit wir einen schnellen Zugriff auf die entsprechenden Bedürfnisse haben. Parallel sollen auch die Oberschulen der Region eingebunden werden, damit die Prozesse dort schon bekannt sind, um die Sprachförderung in der Oberschule möglichst nach einheitlichen Kriterien fortzusetzen und eine einheitliche Philosophie zu entwickeln. - Das zum Thema Sprachförderung.

In der Oberschule selbst wollen wir noch stärker auf additive Sprachförderung setzen. Es gibt Modelle, die im Sinne von sogenannten Sprachbändern laufen. Dabei werden jeweils Testungen vorgenommen, und es wird immer wieder neu geschaut, wo der jeweilige Schüler steht und wo er weitere Förderung braucht.

Ein weiterer Schwerpunkt des Ausschussthemas scheint mir die Berufsorientierung zu sein. Wir haben eine neue Richtlinie. Das ist für die Bürokratie ein Meilenstein. Sie ist jetzt aber auch mit Inhalten verbunden. Das ist ja das Wichtige. Die Berufsorientierung setzt in allen Schularten an, sie setzt schon in der Grundschule an, sie geht in der Sekundarstufe I weiter und erfasst dort nicht nur die Oberschule, sondern auch das Gymnasium, weil das Gymnasium, wie gesagt, auch die anderen Abschlüsse anzubieten hat. Das soll sich selbstverständlich in der Sekundarstufe II fortsetzen. Mit der Richtlinie werden für alle Schülerinnen und Schüler sogenannte Potenzialanalysen fixiert. Das bedeutet eine stärkere Fokussierung der Schüler auf eigene Stärken, ein Herausfiltern, welche Stärken sie haben, um dies schließlich mit ihren eigenen Wünschen kompatibel zu machen. Die Schulen sind aufgefordert, das konzeptionell zu hinterlegen. Diese Konzepte sollen Teil des Schulprogramms werden. Dies wird auch in den Zielgesprächen von der Schulleitung abgefragt.

Wir setzen auf eine verstärkte Kooperation mit der Wirtschaft und mit den beruflichen Schulen. Im November wird es zum Beispiel einen Tag der beruflichen Bildung an den allgemeinbildenden Schulen geben. Hintergrund ist, dass wir mit der Ausrichtung der Oberschule auch auf das Abitur manchmal eine Verengung des Blicks auf Bildungswege feststellen, der insbesondere bei Oberschulen, die eine eigene Oberstufe haben, vielleicht auf die eigene Oberstufe gerichtet ist. - Das sind alles Arbeitsthemen. - Dadurch wird der Blick auf die beruflichen Alternativen ein wenig verstellt. Deswegen wollen wir diese beiden Systeme in Kontakt bringen. Die Berufsschulen werden in die allgemeinbildenden Schulen gehen und dort ihre Programme vorstellen, nicht nur ihr spezifisches Programm, sondern das Programm der gesamten beruflichen Schulen, um so den Kontakt herzustellen.

Das letzte Thema, das mir auch eine gewisse Relevanz zu haben scheint, ist das Thema Ausbildungsgarantie/Jugendberufsagentur. Die Ausbildungsgarantie wird in erster Linie vom Schwesterressort Arbeit verantwortet. Deswegen will ich mich hier auf die Jugendberufsagentur konzentrieren. Beiden Elementen ist die Zielsetzung hinterlegt, dass keine Schülerin und kein Schüler auf dem Weg von der Schule in den Beruf verloren geht und dass die Akteure deswegen stärker verzahnt werden sollen. An drei Standorten in der Stadt Bremen und an einem Standort in Bremerhaven sollen sogenannte Jugendberufsagenturen eingerichtet werden. In ihnen sollen die Agentur für Arbeit, das Jobcenter, die Beratungseinrichtungen der allgemeinen Berufsschule, unser Haus mit weiteren Beratungsangeboten, die bei uns vorgehalten werden, und Sozialeinrichtungen unter einem Dach zusammenarbeiten, damit es einen einheitlichen Zugang gibt und die Schulabgänger an die Hand genommen werden.

(Beifall)

Abg. Dr. vom Bruch: Herr von Lührte, ich versuche jetzt einmal, von meiner Herkunft aus einer Oppositionsfraktion ein wenig zu abstrahieren, und sage nicht nur persönlich herzlichen Dank. Vielmehr sage ich auch ganz neutral, dass Sie eindrucksvoll deutlich gemacht haben, dass es insbesondere unter dem Blickwinkel der Bildung und sicherlich auch nach den vorläufigen Feststellungen, die hier im

Ausschuss wahrscheinlich Konsens sind, eine ganze Reihe von wichtigen Innovationen und Stoßrichtungen gibt, die dazu geeignet sind, Veränderungen zu bewirken. Trotzdem möchte ich, bevor ich die allgemeine Diskussion freigebe, zwei Fragen, die unter Umständen zusammenhängen, an Sie richten.

Die erste Frage ist etwas provokant, aber aus Oppositionssicht nicht ganz wegzudenken. Wenn das so ist, wie Sie sagen, dann stellt sich die Frage, warum es eigentlich nicht besser wird? Sie haben uns dankenswerterweise nicht allzu viele Zahlen präsentiert, aber Sie haben schon mit der Feststellung begonnen, dass die Armutproblematik in Bremen von besonderem Belang ist. Das wurde uns auch im Ausschuss bisher widergespiegelt. Warum ist es in der Vergangenheit nicht schon besser geworden, und warum gibt es so viele Indikatoren, die auch jetzt eher darauf hindeuten, dass sich die Situation - zumindest aktuell - nicht allzu sehr geändert hat oder ändern wird?

Die zweite Frage betrifft das Spiegelbildliche. Sie haben uns für meine Begriffe sehr deutlich gemacht, dass der Senat im Allgemeinen, aber auch das Ressort unter dem Blickwinkel der Bildung eine Reihe von Dingen angeschoben hat, verwirklicht hat, beabsichtigt, die sicherlich wichtig sind. Uns interessiert aber auch der Blickwinkel des Ressorts, woran es eigentlich fehlt. Was hielten Sie zusätzlich für notwendig? Damit meine ich nicht nur die Frage der Ressourcen. Das ist nicht der einzige Aspekt. Was ist eigentlich nach Einschätzung des Ressorts zusätzlich notwendig? Wo, denken Sie, gibt es noch Dinge, die letztlich auch für den Ausschuss von Relevanz sind, die auf den Weg gebracht werden müssten, meinetwegen auch unter dem Gesichtspunkt von Ressourcen, aber auch unter dem Gesichtspunkt der Inhaltlichkeit, der Strukturen, der Organisation, der politischen Weichensetzung?

Herr von Lührte: Ihre Ausgangsfrage lautet: Warum wird es nicht besser? Wie wir wissen, ist Bremen einmal eine deutliche Dynamik in der Entwicklung bescheinigt worden. Ein Bildungsforscher - ich weiß nicht mehr, wer es war, aber ich glaube, es war Herr Klemm - hat jedenfalls gesagt, dass Bremen deutlich dynamischer sei. Nur bleiben die anderen Länder auch nicht stehen. Es gibt Länder, die uns mittlerweile schon voraus sind. Die Frage, warum es nicht besser wird, stellt, wenn ich Sie richtig

interpretiere, einen Zusammenhang zwischen den Ergebnissen bei den Leistungsuntersuchungen und dem, was dann nicht besser wird, her.

Abg. Dr. vom Bruch: Wenn ich das konkretisieren darf: Nicht nur, was die Leistung anbelangt, sondern ich meine auch den Bereich der Chancen.

Herr von Lührte: Ich denke, eine Reihe von Dingen ist besser geworden. Ich finde, es ist ein deutlicher Qualitätsgewinn, dass Schülerinnen und Schüler gleichermaßen Zeit haben, die für sie besten Abschlüsse zu erreichen. Ich finde, es ist insofern besser geworden, als die Schulen schulstrukturell Ruhe haben. Das ist von den Konsenspartnern gewollt worden, und das ist besser geworden. Ich weiß ja, dass Politik stärker auf kurzfristige Erfolge setzt, aber meine Überzeugung ist, dass Bildungsprozesse besonders dicke Bretter sind. Es gibt nicht viel, das uns hilft zu erkennen, was wirksam ist. Wir glauben immer, es sei ein Bündel von Maßnahmen wirksam. Herr vom Bruch, wir haben eine andere Debatte in der Bildungsdeputation über Schulen mit Akzeptanzproblemen. Da löst sich plötzlich etwas bei Schulen, und es geht auf einen guten Weg. Dann wissen wir, was wir getan haben, damit sich die Schulen dorthin bewegen, aber wir wissen nicht, welche einzelne Maßnahme es dann letztlich war. Ich bin der Überzeugung, dass wir es immer mit einem Bündel von Faktoren zu tun haben. Das ist die Herkunft, das ist die Lage, das sind aber auch Aspekte, die durchaus auch etwas mit Struktur zu tun haben. Das heißt: Auf welchem Weg macht sich die einzelne Schule, und auf welchem Weg machen sich die einzelnen Kollegien?

Aus der Resilienzforschung ist Ihnen bekannt, dass Kinder unter ungünstigsten Umständen eine Möglichkeit finden, ihren Weg zu machen, weil sich eine Person ihrer angenommen hat. Das ist einer der Aspekte. Teilweise ist es etwas ganz Großes, teilweise aber auch eine - in Anführungsstrichen - „Banalität“, die dazu führt, dass es dem Einzelnen gelingt. Das alles wirkt sich auf solch ein komplexes System wie die Schule aus. Schule besteht aus der Politik, Schule besteht aus der Behörde, Schule besteht aus den Ressourcen, aus den Schülerinnen und Schülern, aus der Schulleitung, aus den Lehrerinnen und Lehrern. Diese wirken zusammen, und das führen dann irgendwo hin.

Eingangs habe ich schon erwähnt, dass manche Grundschulen und manche weiterführenden Schulen teilweise von dramatischen Verhältnissen und davon berichten, welchen Aufwand sie betreiben müssen, um ihre Schülerschaft schlicht zu sozialisieren, also um überhaupt das Tor zu öffnen, damit Bildung ankommt. Schulen, an denen es eine Häufung solcher Fälle gibt, haben es ungleich schwerer und leisten eine gewaltige Arbeit, wenn sie es denn im Einzelnen schaffen. Natürlich versuchen wir - das habe ich dargestellt -, mit Ressourcen nachzusteuern.

Ich glaube, dass es ein Zusammenspiel von vielem ist. Ich will jetzt nicht die populäre Hattie-Studie zitieren, die besagt, auf den Lehrer komme es an. Aber letztendlich ist es so. Wenn wir in der Behörde schönste Konzepte erstellen, Papier schwarz machen, dann muss es schließlich auch unten ankommen und muss dann auch Schulrealität werden. Ob es wirklich gut ist, entscheidet sich dann immer noch im nächsten Schritt.

Ich möchte Ihre Ausgangsthese, dass es nicht besser wird, relativieren. Es wird besser, es wird Stück für Stück besser. Die Senatorin hat es im Zusammenhang mit einer Vergleichsstudie einmal so formuliert: Wir waren abgehängt; jetzt sehen wir immerhin schon die Fersen des Letzten. Es wird Schritt für Schritt besser, aber es bleibt ein langer Weg. Ich denke, dass die Maßnahmen, die Sie alle gemeinsam auf den Weg gebracht haben, am Ende erfolgreich sein werden.

Abg. Frau Vogt: Vielen Dank, Herr von Lührte. Sie haben hier noch einmal den gesamten Schulreformprozess beschrieben, der zumindest allen, die in Bildungspolitik unterwegs sind, durchaus hinlänglich bekannt ist. Dabei ist aufgefallen, dass Sie alles sehr in die Breite denken. Es nützt uns nichts, wenn wir uns die Abiturquote im Bundesland oder in der Stadtgemeinde anschauen. Die Zahlen sind ja auch durchaus bekannt. Es hängt an den Ortsteilen. Es gibt ganz unterschiedliche Schulabschlüsse in den Ortsteilen. In einer unserer ersten Sitzungen hat René Böhmer Zahlen genannt. Ich habe sie mir noch einmal herausgesucht. Die Nicht-Abitur-Quote liegt im Ohlenhof bei 84,6 Prozent, in Schwachhausen bei 15,2 Prozent. Daran hat sich auch bislang nicht viel geändert.

Wir haben hier im Ausschuss anhand von Beispielen der Stadtgemeinde Bremen, aber auch anhand von Beispielen aus anderen Bundesländern und anderen Kommunen sehr viel darüber diskutiert, wie man einer sogenannten Bildungssegregation entgegenwirken kann. Sie haben die Struktur der Oberschulen richtig beschrieben. Aber es ist ja nun auch kein Geheimnis, dass wir jenseits aller Diskussion um die Ressourcenfrage - die wir in den letzten vier Jahren mit nur unzureichenden Ergebnissen geführt haben, was am Anfang viele Schwierigkeiten bereitet hat -, die Struktur der Oberschule in den Stadtteilen unterschiedlich gewichtet haben, weil eben der Übergang von der Grundschule in die 5. Klasse ganz unterschiedlich ist. Die Oberschule ist ja im Idealfall, so wie sie im Schulentwicklungsprozess beschrieben worden ist, mit allen Eingangsquoten ungefähr gedrittelt, ähnlich wie es die alte Gesamtschule war, und soll im Idealfall nicht nur 33 Prozent Schüler mit der Empfehlung über Regelstandard einschulen, sondern, wie die GSW und die GSO das auch machen, 50 Prozent in die gymnasiale Oberstufe überführen. Wir wissen, dass das nicht so ist. Wir wissen, dass es Stadtteile gibt, wo es im Übergang von der 4. in die 5. Klasse diese Quote gar nicht gibt, dass es zusätzlich noch die Segregation in die Innenstadtgymnasien, zum Teil in die Privatschulen, aber auch in Schulen - ich sage einmal - besser situierter Stadtteile gibt. Hierzu haben wir im Ausschuss durchaus andere Dinge gehört. Wir haben von Beispielen gehört, die besagen, dass es sinnvoll ist, einer solchen Bildungssegregation mit der Abwanderung in die wohlhabenderen Stadtteile entgegenzuwirken, indem man die Kindertagesstätten, die Einrichtungen und die Schulen in den ärmeren Stadtteilen schlicht und ergreifend besser ausstattet und zu sogenannten Leuchttürmen macht. GSW und GSO werden in Bremen in dem Zusammenhang immer genannt, da sie stadtweit angewählt werden, obwohl sie in armen Stadtteilen liegen, und die haben eben auch die Eingangsquote. Ich finde, diesbezüglich ist das, was Sie ausgeführt haben, relativ kritisch zu sehen, weil diese Frage zwar ein wenig über Sozialindikatoren, aber meiner Meinung nach nicht ausreichend beleuchtet wird.

Hier im Ausschuss hat ein Schulleiter einer Grundschule in Gröpelingen deutlich gemacht, dass Grundschullehrerinnen die gesamten sozialintegrativen Aufgaben wahrnehmen und auch die Ansprechpartner für die Familien sind. Denn Kinderarmut muss man immer als Familienarmut begreifen. Dieser Schulleiter hat ganz klar

gesagt: Wir übernehmen zusätzlich die sozialintegrative Aufgabe, wir übernehmen im Grunde auch den Erziehungsauftrag, aber dabei kommt der Bildungsauftrag zu kurz. Da habe ich ihn gefragt, was er denn eigentlich braucht, ob er mehr Schulsozialarbeiter oder Psychologen braucht. Daraufhin hat er gesagt: Nein, einfach eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung für die Klassenlehrer, damit der Unterricht nicht ausfällt, wenn diese zum Beispiel beim Jugendamt sind, weil sie eine Familie begleiten.

In eine solche Richtung denkt die Behörde leider nicht. Das finde ich schade, weil, wenn man sich die vier ärmsten Ortsteile anschaut, klar ist, dass mehr getan werden muss.

Einzelfragen in Bezug auf die Durchlässigkeit brauchen wir, wie ich finde, hier nicht zu beantworten. Das ist ja auch immer Thema in der Bildungsdeputation. Aber was die Ressourcenverteilung und die Ressourcengewichtung angeht, muss im politischen Raum noch einmal ein Umdenken stattfinden. Man sieht es ja auch: Die Empfehlungen, die die vier Fraktionen nach den ersten Sitzungen formuliert haben, gehen im Prinzip alle in diese Richtung.

Insoweit frage ich bei der Sprachförderung ganz konkret nach. Wir wissen, dass wir eine bessere Verzahnung von Kindertagesstätte und Grundschule brauchen. Auch das brauchen wir hier nicht näher zu erörtern. Die Probleme sind bekannt und werden zurzeit oft im Rathaus bearbeitet. Sie haben jetzt von Modellregionen gesprochen, in denen Grundschulen und Kindertagesstätten enger verzahnt werden sollen, und von Modellen, die in die Fläche übertragbar sein sollen, und Sie haben wortwörtlich gesagt, Ressourcen müssten so angelegt werden, dass das in der Fläche darstellbar ist. Dabei bekomme ich, ehrlich gesagt, schon wieder Bauchschmerzen, weil ich glaube, dass man damit der großen Herausforderung, vor der man in den armen Stadtteilen steht, nicht gerecht wird.

Abg. Dr. Güldner: Ihre Ausführungen gingen zum Schluss in eine Richtung, zu der ich nachfragen möchte. Über verschiedenste Reformstadien und viele Maßnahmen hinweg drängt sich der Verdacht auf, dass es Faktoren gibt, die die Ergebnisse beeinflussen und die jenseits von politischen Beschlüssen oder schwarz

beschriebenen Blättern, Verordnungen und all diesen Dingen sind. Sie haben gesagt, wichtig sei selbstverständlich der Faktor Lehrer und Lehrerinnen, überhaupt der subjektive Faktor. Diese Dinge wurden meines Erachtens alle in die richtige Richtung beschlossen, und es gibt sogar in weiten Teilen einen parteiübergreifenden Konsens, sodass sie - sagen wir es einmal vorsichtig - noch besser greifen könnten. Wenn ich mit Leuten diskutiere, fällt mir immer auf, dass es neben dem Lob und den Preisen für hervorragende Schulen - von denen wir in Bremen mehrere haben, die bis auf die Bundesebene ausgezeichnet werden oder die auch einfach nur in der Nachbarschaft sehr viel Lob erfahren - auch das Gegenteil gibt. Ich frage mich dabei immer, wie die Behörde aus dem Rembertering heraus sicherstellt, dass die Dinge, die gedacht und aufgeschrieben werden, in den jeweiligen Schulen umgesetzt werden, inwieweit überhaupt Kenntnis darüber vorliegt und ob, wenn Kenntnis darüber vorliegt, auch eine Veränderung angeregt oder herbeigeführt wird, sprich, wie wir eigentlich kontrollieren, ob das, was im Senat, in der Bürgerschaft, in der Behörde, in der Deputation beschlossen wird, auch in den einzelnen Schulen, von einzelnen Schulleitungen und einzelnen Kollegien, umgesetzt wird. Dieser gesamte Komplex würde mich interessieren, weil man den Verdacht hat, dass er nicht ganz unmaßgeblich dafür ist, welche Bilanz man am Ende zieht. Denn man zieht ja keinen Strich unter Papier, sondern man zieht die Bilanz einer konkreten Schulwirklichkeit in einzelnen Schulen oder eines konkreten Verhaltens aller Beteiligten. Das entscheidet ja dann über die Frage, ob Schülerinnen und Schüler die Chance haben, über Bildung - das ist ja unser zentrales Thema hier - Armut zu überwinden. Dabei geht es nicht nur, wie immer gedacht wird, um den Haushaltsbeschluss oder um den Gesetzes- oder Verordnungstext. Wie halten wir eigentlich nach, wie die Dinge dann vor Ort konkret aussehen?

Schulneugründungen sind schon eine Reaktion, waren schon ein Teil dieses Komplexes. Ich sehe, dass es an einem Standort nicht so weitergeht, wie es in der Vergangenheit war, mache einen Schnitt und wähle einen ganz komplizierten Prozess, um eine Schule neu aufzustellen. Welche anderen Möglichkeiten gibt es, dem hinterherzugehen, was dann tatsächlich bei den Schülern ankommt?

Abg. Frau Dogan: Herr von Lührte, Sie sagten, es gebe einige Schüler, die es irgendwie schaffen, zu einem guten Bildungsabschluss zu kommen, obwohl sie von

diesen drei Risikofaktoren betroffen sind. Ich glaube, alle hier im Raum möchten, dass es nicht vom Zufall abhängt, sondern dass jedes Kind eine Chance hat. Sie haben gesagt, es gebe Schulen, in denen es für Lehrer sehr schwierig sei, bestimmte Kinder zu sozialisieren. Wenn ich Schulen besuche, stelle ich fest, dass es auch Lehrkräfte gibt, die Schwierigkeiten haben, sei es bei der Inklusion, sei es bei solchen Problemen, die Sie eben benannt haben. Wie werden Schulen dabei unterstützt, dass sich das Kollegenteam in bestimmten Stadtteilen, zum Beispiel in der Stadtgemeinde Bremen oder auch in Bremerhaven, bei bestimmten Problemlagen in Bezug auf diese Thematik insgesamt fortbildet? Wenn man mit Lehrern spricht, erklären diese: Wenn jemand Interesse an einem bestimmten Thema hat, geht er zur Fortbildung; die anderen machen es nicht. Gibt es denn Ideen im Ressort, wie man dabei unterstützen kann, dass bei bestimmten Problemlagen in bestimmten Stadtteilen das ganze Kollegenteam zur Fortbildung geht und dass das intern in den Schulen besprochen wird?

Ich habe heute noch bei Radio Bremen gehört, dass wieder vier Schulen in den MINT-Bereichen ausgezeichnet worden sind. - Es gibt ganz viele Schulen - die Schule von Frau Lassek gehört dazu -, die deutschlandweit Preise bekommen. Welche Unterstützungsmaßnahmen ergreift das Ressort, damit andere Schulen das Wissen dieser Schulen ebenfalls bekommen?

Eine weitere Frage bezieht sich darauf, dass Sie Ihren Fokus jetzt stärker auf die Sprachförderung legen. An sechs Schulen wollen Sie das tun. Sie haben auch auf den Plan verwiesen, den wir erarbeitet haben und der morgen in der Deputation beschlossen werden soll. Gerade viele Kinder mit Migrationshintergrund haben Schwierigkeiten, gute Bildungsabschlüsse zu bekommen. Mich interessiert, wie Sie die Mehrsprachigkeit, die ein Teil der Identität dieser Kinder ist, und die positive Identitätsentwicklung dieser Kinder in dieses neue Konzept einbetten. Vielleicht kann auch Frau Lassek nachher etwas dazu sagen.

Herr von Lührte: Bei manchen Punkten, die Sie, Frau Vogt, angeführt haben, habe ich Ihre Kritik nicht ganz verstanden; denn das, was Sie gefragt haben, meinte ich dargestellt zu haben.

Einmal glaube ich, dass wir mit den Leuchtturmschulen, die Sie erwähnt haben und die ich auch erwähnt habe, sehr wohl in den schwierigen Stadtteilen präsent sind und dass diese Schulen auch eine angemessene Ausstattung haben.

(Abg. Frau Vogt: Aber es geht darum, dass es nicht ausreichend ist!)

Sie haben gesagt, die Behörde denke nicht in diese Richtung. Ich habe versucht darzustellen, dass genau in diese Richtung gedacht wurde, indem wir bestimmte sozial geleitete Ausstattungen auf den Weg gebracht haben: die Förderressource Sozialstrukturbedarf, die Ausstattung mit Schulsozialarbeit, die Sie genannt haben. - Genau da sollte Schulsozialarbeit ja ansetzen, um den Schülerinnen und Schülern zu helfen, die besondere Schwierigkeiten haben. - Hierzu zählt auch die Verringerung der Klassenkapazität. Das heißt, es bleibt mehr für das einzelne Kind. Insofern denken wir schon daran. Der Sozialindikator ist bei allen Themen, die wir bewegen, in denen es um die Frage der Verteilung von Ressourcen geht, ein wesentlicher Punkt, zuletzt, wie gesagt, bei der Frage der Schulsozialarbeit. Diese ist ein hinreichend eingeführtes Instrument, und wir glauben auch, dass das an der Stelle recht zielgenau ist.

Dass nicht alle Oberschulen das Quorum von 30 Prozent Schülerinnen und Schüler mit dem Ziel des Abiturs erreichen, stimmt. Sie haben dies als grundsätzliches Problem dargestellt. Wenn man das für die ganze Stadt rechnet, haben wir wahrscheinlich mehr Kapazitäten an den Oberschulen, als wir Schülerinnen und Schüler mit dieser Ausgangslage der Leistung über dem Regelstandard haben. - Das wird vermutlich dabei herauskommen.

(Abg. Frau Vogt: Die Zahlen kennen wir ja!)

Aber die Schülerinnen und Schüler sind ja dennoch zu beschulen und auch ortsnah zu beschulen. Da gibt es manche Unwuchten, es ist allerdings deutlich erkennbar, dass sich das nicht an einer Systemfrage festmacht, sondern bestimmte Schulen werden wegen verschiedener Gründe bevorzugt ausgewählt und manche Schulen geraten - auch aus verschiedenen Gründen - manchmal etwas weniger in den Fokus.

Sie Herr Güldner, haben die Frage angesprochen, wie wir es schaffen, das umzusetzen, was wir denken. Bremen ist eine relativ kleine, überschaubare Stadtgesellschaft. Wir sind im Maßstab von Flächenländern ein kleines Ministerium. Die Schulleiter, die Politik, alle sind hier in der Stadt nah beieinander. Das heißt: Es gibt im Idealfall verschiedene Ebenen des Austauschs. Wir sagen: Der subjektive Faktor spielt eine Rolle, damit das, was gewollt ist, auch umgesetzt wird. Im Idealfall - so ist auch die schulgesetzliche Konstruktion - basiert das auf einer eigenverantwortlichen Übernahme dieser Zielrichtung, und nicht nur im Idealfall; ich glaube, das ist auch Voraussetzung. Wenn wir auf der Ebene der Behörde - glauben Sie mir: auch auf der Ebene der Politik - etwas beschließen, was nicht der Überzeugung der schulischen Akteure entspricht, ist es ungleich schwerer, das zu bewegen.

Bemerkenswert ist, mit welcher Verve und mit welcher Energie die schulischen Akteure in die Inklusion hineingehen. Ich könnte Sie stundenlang mit Einzelbeispielen unterhalten, was das Engagement im Sinne der Resilienzforschung, die ich vorhin schon angesprochen habe, angeht. Es ist unglaublich, was dort hineingeht. Da wird es eben getragen. Aber bei manchen Dingen ist der Aufwand an Überzeugung, die geleistet werden muss, größer. Dabei muss man auch die eigenen Grenzen des behördlichen Handelns erkennen. Natürlich gibt es eine Weisungsbeziehung, aber die ist nicht das Mittel der Wahl. Das ist ja klar.

Die strukturelle Ebene heißt: Die Schulaufsicht kennt ihre Schulen, spricht mit ihnen über das schulische Programm, führt Zielgespräche, hat nicht nur Kontakt zu den Schulen, sondern auch zu den Eltern und erfährt, wenn etwas irgendwo nicht gut läuft. Die Schulaufsicht ist mit einem Strauß von Daten ausgestattet, der sie in die Lage versetzt, bestimmte Diskussionen in der Schule zu führen. Aber auch dabei ist natürlich die Spannbreite dessen, was in anderen Zusammenhängen Betreuungsschlüssel genannt wird, ziemlich groß. Die Schulaufsichtsbeamten haben eine Reihe von Schulen zu begleiten und kennen nicht von jeder Schule jedes Detail. Sie kennen ihre Schulen, sie kennen die handelnden Akteure, sie sind im Austausch mit den Akteuren und haben auch Vereinbarungen darüber getroffen, wie man miteinander arbeitet. Aber man kann nicht sagen, dass wir eine Eins-zu-eins-Aufsicht

haben. Das ist vermessen, und es ist auch unmodern. Dies wäre ein unmodernes Führungssystem.

Es gibt natürliche weitere Querverbindungen, die ebenfalls wirken. Wir haben in den Schulen ja auch bestimmte Funktionen besetzt. Wir haben didaktische Leitungen, wir haben Fachberater, wir haben Sprachberater, wir haben stellvertretende Schulleitungen, wir haben Jahrgangsentungen. Für alle diese Gruppen gibt es in gewissen Abständen Besprechungen, Erörterungstermine, es gibt Arbeitskreise, es gibt Fortbildung im Landesinstitut für Schule, die auch mit Deutlichkeit eingefordert wird. Die Fortbildungsverpflichtung ist in das Normengefüge eingepflegt, und Fortbildung wird auch in großer Anzahl wahrgenommen.

Frau Dogan hat gefragt, wie wir Lehrkräfte unterstützen. Auch das fügt sich in diese Kategorie ein. Wir haben strukturelle Unterstützungssysteme. Die Schulaufsicht ist auch ein Unterstützungssystem für Lehrkräfte, allerdings auch auf der strukturellen Ebene. Wir haben im Einzelfall die Zentren für unterstützende Pädagogik, wir haben die regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren, die zunehmend arbeitsfähiger werden. Wir machen auch in diesem Bereich Fortbildungsangebote. Ich habe das eben am Rande erwähnt. Wir fordern das nachdrücklicher ein. Wenn wir der Überzeugung sind, dass ein Thema besetzt sein muss, gehen wir dem nach, wenn wir merken, dass es eine geringe Nachfrage gibt oder dass eine Einladung nicht in dem Maße befolgt wird, wie wir uns das vorstellen.

(Abg. Frau Dogan: Zur Mehrsprachigkeit, zur Sprachförderung!)

In der letzten Sitzung des Bündnisses für sozialen Zusammenhalt habe ich dargestellt, an wie vielen Schulen es mehrsprachige Angebote gibt. Sie können es auch auf unserer Homepage nachlesen. Das ist schon beeindruckend. Auch an vielen Grundschulen sind sie vorhanden. Aus der Sicht der Wissenschaft gibt es keine Debatte mehr darüber, ob der kompetente Erwerb der Muttersprache eine gute Voraussetzung für den Zweitspracherwerb, für den Erwerb der deutschen Sprache als Zweitsprache, ist. Wir sind der Überzeugung, dass die Förderung der Mehrsprachigkeit, dass die Förderung der Herkunftssprache, deutlich zur

Problemlösung beim Spracherwerb, bezogen auf die deutsche Sprache, beitragen kann. Das ist in unserer Ideologie der Sprachförderung fest verankert.

Abg. Dr. vom Bruch: Ideologie. - Gut.

Herr von Lührte: Im Wortsinn, nicht im politischen Sinn.

Abg. Dr. vom Bruch: Mit Blick auf die Uhr möchte ich eine zweite Runde zulassen, weil mir noch eine Reihe von Wortmeldungen vorliegt, und dann einen Strich darunter ziehen. Ist das mehrheitsfähig? - Mir liegen jetzt noch vier Wortmeldungen vor, von Herrn Möhle, von mir selbst, von Frau Vogt und von Frau Grönert. Wünscht noch jemand darüber hinaus das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann wird jetzt Herr Möhle diese zweite Runde einläuten.

Abg. Möhle: Ich habe den Eindruck, dass Sie Ihren Vortrag im Rahmen der beschlossenen Haushalte gehalten haben.

Herr von Lührte: Das habe ich auch getan.

Abg. Möhle: Was würden Sie uns eigentlich vorschlagen, wenn wir eine Runde „Wünsch dir was“ machen könnten, unabhängig davon, wie die Haushaltslage aussieht? Ich frage das, weil wir ja hier herausfinden wollen, was man an dem, was zurzeit stattfindet, verbessern kann. Insoweit suche ich natürlich auch außerhalb der konkreten, realen Situation nach Verbesserungsmöglichkeiten. Mir würde sofort einfallen, dass man diese 2,5 Prozent Lehrerstundenzuweisung aufgrund der Sozialindikatoren möglicherweise steigern könnte. Das hielte ich zumindest für einen guten und geeigneten Schritt.

Wir reden häufig über komplizierte Zusammenhänge, uns ist klar, dass zwischen Bildung und Armut Zusammenhänge bestehen, aber unser Ziel ist es ja, nach realen Möglichkeiten der Veränderung zu suchen. Ich kann mir auch vorstellen, dass es in bestimmten Bereichen schlaue wäre, die Bereiche der Jugendhilfe und der Schule anders zu verzahnen oder zu verbinden. Ich mache Sozialpolitik und habe von Bildungspolitik im Detail nicht so viel Ahnung, aber ich habe von den Problemlagen

unserer Stadt eine gewisse Ahnung, und insoweit habe ich häufig das Gefühl, dass das nicht so richtig ineinander greift und dass man möglicherweise Verbesserungen erreichen könnte.

Ich will es einmal dabei belassen; aber eine „Wünsch-dir-was“-Runde fände ich einmal ganz schön.

Abg. Dr. vom Bruch: Der Kollege Möhle hat mir sozusagen einen Teil meiner Frage aus dem Munde genommen. Ich möchte die Frage konkretisieren: Was wäre eigentlich eine Botschaft aus Ihrem Ressort, die Sie in Richtung Politik senden würden, um zu sagen: Hier ist aus Sicht der Behörde auch im politischen Raum Gestaltungsbedarf? - Das ist der eine Teil der Frage.

Der andere Teil der Frage ist noch konkreter. Ich habe bei den Anhörungen, die wir hinter uns haben, immer den Eindruck gehabt, dass viele, die hier vorgetragen haben, direkt oder indirekt infrage gestellt haben, dass die Verzahnung der Politiken, der Ressorts - ich sage jetzt einmal - optimal ist. Wie beurteilen Sie das? Ich spitze es einmal ein zu: Sind Sie der Auffassung, dass auch unter dem Aspekt der Armutsbekämpfung die Verzahnung von Bildungsthemen unter einer Ressortzuständigkeit wünschenswert wäre? Bildung ist ja nicht nur schulische Bildung im engeren Sinne, sondern es gibt - ich sage es einmal untechnisch - die frühkindliche Bildung von null bis sechs, die schulische Bildung, die berufsschulische Bildung, die ja mit ihrem Arbeitsmarktaspekt auch nur Teilpolitik Ihres Hauses - mitnichten Ihrer Abteilung, aber Ihres Hauses - ist. Der langen Rede kurzer Sinn: Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit, und glauben Sie, dass man Synergieeffekte unter dem Aspekt, dies alles in einem Ressort zusammenzuführen, erzielen könnte?

Abg. Frau Vogt: Ich habe noch zwei oder drei Nachfragen. Ich wollte vorhin wirklich nicht tiefer in die Diskussion einsteigen, warum ich meine, dass es in der Breite nicht funktioniert, aber einen Hinweis muss ich doch geben: Die Reduzierungen der Klassenfrequenzen gelten immer nur im Eingangsjahr. Die vielen Zuzüge, die wir insbesondere in den ärmeren Stadtteilen zu verzeichnen haben, insbesondere die Zuzüge aus anderen Ländern, auch aus anderen Ländern der EU, führen zwar zur Reduzierung der Klassenfrequenzen, aber immer nur im Anfangsjahr, und am Ende

des 1. oder des 5. Schuljahres sieht es schon ganz anders aus. Ich finde, es ist Augenwischerei, wenn man sagt - -.

(Herr von Lührte: Ich habe ja Zahlen genannt!)

- Ja, aber das gilt immer nur im ersten Jahr, Herr von Lührte.

(Herr von Lührte: Nein! Ich habe Durchschnittszahlen genannt!)

Ich finde, wenn man insoweit ein bisschen ehrlicher miteinander umgehen würde, müsste man auch einmal die Zahlen von Stadtteilen wie Lüssum oder Tenever und Kattenturm anschauen. Dann käme man durchaus zu großen Abweichungen.

Aber genau das ist ja die Frage. Wenn man sagt, man möchte die Schulen in diesen Stadtteilen gezielter stärken, dann funktioniert dies ja eben nicht über einen Indikatoren Schlüssel oder über formale Kriterien, sondern dann muss man sich die Bedarfe genau anschauen und überlegen, wie man das steuert. Sie haben zum Beispiel nichts zu dem Vorschlag des Grundschulleiters gesagt, der gesagt hat: Wir brauchen nicht noch mehr Sozialarbeiter, wir brauchen eine verzahnte Sicht darauf, dass Kinderarmut Familienarmut ist, wir brauchen die Einbeziehung der Familien; wir brauchen keine fremde Person, die für die Eltern nicht zugänglich ist; dafür gibt es die Klassenlehrerin. - Es sind ja meistens Lehrerinnen. - Er hat einen ganz konkreten, wunderbaren Vorschlag gemacht: Sie ist die Ansprechperson, aber damit auch noch Unterricht stattfindet, muss die Unterrichtsverpflichtung reduziert werden und muss die Personalsollstärke daran bemessen werden. Das würde jetzt auch in die Kategorie „Wünsch dir was“ fallen. Sie haben gesagt, sie brauchen gar nicht so viele externe Dinge.

Mit meiner zweiten Frage, die auch ganz konkret ist, möchte ich an Herrn Dr. vom Bruch anschließen. Das ist die Frage der fehlenden Ressortzusammenarbeit. Herr Dr. vom Bruch hat ein gemeinsames Ressort ins Spiel gebracht. Es gab diese Nachfrage auch in der Sitzung, in der es um Kinder- und Jugendarmut ging, und da wurde ein gemeinsames Referat Frühkindliche Bildung/Bildung und keine komplette

Ressortzusammenlegung vorgeschlagen. Zu dieser Alternative möchte ich auch fragen.

Eine letzte Frage in diesem Zusammenhang. Unter dem Stichwort "schlechte Ressortzusammenarbeit" ist auch immer negativ angeführt worden, dass die Quartierbildungszentren gerade nicht funktionieren, dass das Ressort Gesundheit nicht mit dabei ist, es wurde bemängelt, dass die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts Soziales und Bildung auch konzeptionell und nicht nur finanziell nicht so richtig funktioniert. Wenn man diese Orte auch unter dem Aspekt der Einbeziehung der Familien begreifen will, wäre es doch wünschenswert, dass, was das angeht, von der Senatskanzlei zumindest einmal eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, die sich genau darum kümmert, damit all diese Ressorteteilkeiten, auch nach dem Motto: „Ich muss hier noch 10 000 Euro dazugeben, und dass will ich nicht!“ endlich aufhören.

Abg. Frau Grönert: Ich habe kürzlich einer Diskussion entnommen, dass sich die Zumessung der Sozialindikatoren an dem Ort orientiert, an dem die Schule ist. Heute habe ich das so verstanden, dass sich diese anhand der Schüler errechnet. Wir haben vorhin darüber gesprochen, dass Schulen in nicht sehr positiv bewerteten Stadtteilen auch Schüler aus anderen Stadtteilen anziehen sollen. Wie ist das dann mit diesem Sozialindikator, wenn mehr Schüler aus irgendeinem Grund dorthin gehen, beispielsweise weil die Schule einen guten Ruf hat? Ist die Schule dann finanziell besser ausgestattet? Das habe ich jetzt nicht ganz verstanden. Wenn Schüler dorthin kommen, die keinen Sozialindikator in dem Sinne mitbringen, dann müsste ja die Zumessung an die Schule damit wieder sinken. Aber wie hält man dann das Niveau an der Schule? Das Zusammenspiel ist mir nicht klargeworden.

Abg. Dr. vom Bruch: Das war die vorletzte Frage. Ich hatte die Rednerliste eigentlich schon geschlossen, aber Kollege Weigelt - -.

(Abg. Frau Dogan meldet sich zu Wort)

- Gut, Frau Dogan, aber bitte wirklich in kurzen Sätzen!

(Abg. Frau Dogan: Sie sind der Verursacher meiner Frage!)

- Dann muss ich sie ja zulassen. - Danach kann ich den Schnitt machen, ja? Ich schaue in die Runde. - Das ist so. - Herr Kollege Weigelt!

Abg. Weigelt: Recht herzlichen Dank. Ich habe auch versprochen, nur eine Frage zu stellen.

Herr von Lührte, vielleicht war ich ein Stück weit unaufmerksam. Ich habe Ausführungen zur Bildungsarbeit und zur Elternarbeit vermisst. Eigentlich gehe ich davon aus, dass die Elternarbeit im Zusammenhang mit Bildungsarbeit einen hohen Stellenwert hat. Wenn Sie dazu vielleicht noch zwei kurze Sätze sagen könnten.

Herr von Lührte: Das ist unstrittig.

Abg. Frau Dogan: Ich habe mich nur gemeldet, weil Sie, Herr vom Bruch, die Frage bezüglich des Ressortzuschnitts gestellt haben. Diese Frage wird ja ganz oft gestellt, wenn es um diese Diskussion geht. Ich denke, dass es tatsächlich auf den Anfang ankommt, auf die frühkindliche Bildung und die Verzahnung mit der Grundschule. Frau Vogt meinte, man könnte über ein Referat sprechen. Ich wollte in die Runde geben und auch Herrn von Lührte diesbezüglich fragen: Herr Fthenakis, ein Wissenschaftler, hat gesagt, es komme nicht darauf an, dass man ein Ressort hat, sondern es komme darauf an, dass diejenigen, die sich mit dieser Thematik beschäftigen, dies mit Leben und Inhalt füllen. Ein anderer Ressortzuschnitt bedeutet ja nicht, dass tatsächlich Bewegungen in diese Thema kommt. Wie schätzen Sie das ein, Herrn von Lührte?

Abg. Dr. vom Bruch: Frau Kollegin, jetzt juckt es mich richtig, dem zu widersprechen. Aber jetzt muss ich mich selbstdisziplinieren. - Herr von Lührte!

Herr von Lührte: Okay, ich versuche wieder, die Fragen abzuarbeiten.

„Wünsch dir was“ und „Botschaft aus der Behörde“. Ich fasse diese beiden Dinge einmal zusammen. Sehen Sie es mir nach: Ich bin nicht der Botschafter der Behörde. Botschafterin der Behörde ist die Senatorin. Ich tue mich deutlich schwer, mit

Themen vorzupreschen, die ich nicht mit meiner Senatorin abgestimmt habe. Natürlich ist Ihnen aber bekannt - medial wird es vielfach diskutiert -, dass man sich noch an vielen Stellen eine bessere Ressourcenausstattung wünschen könnte. Wir haben Probleme im Bereich der Unterrichtsvertretung. An der Stelle zwickt und zwackt es immer wieder. Das hat unterschiedliche Gründe. Da ist niemandem ein Vorwurf zu machen. Wir sind glücklich darüber, dass wir Zuwachs haben, dass wir viele junge Lehrerinnen und Lehrer haben, die das Instrument der Elternzeit nutzen, aber das führt natürlich zu organisatorischen Schwierigkeiten in unserem „Laden“.

(Abg. Frau Vogt: Und sie werden nur zu 75 Prozent ersetzt! Das fällt auch unter „Wünsch dir was“!)

- Zum Beispiel. Sie als Politikerin dürfen das sagen.

Im Bereich der Inklusion kann man sich sicherlich auch vorstellen, dass das eine oder andere noch einmal neu gedacht wird, dass man sich die Entwicklungen anschaut. Wir haben in der Frage der Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit sozial-emotionalen Schwierigkeiten, mit - wie heißt es so schön? - originellem Verhalten, nachgesteuert.

(Zuruf: Aber nur in der Stadt Bremen, muss man sagen!)

- Ja, das stimmt, obwohl das Schulgesetz für das ganze Land gilt.

(Abg. Frau Böschen: PISA zählt für das Land, das Schulgesetz auch, aber die Steuerung erfolgt deutlich stärker in der Stadt Bremen!)

An der Stelle gab es, wie gesagt, Nachsteuerungen. Man kann sich vorstellen: Wenn wir der Erwartung gerecht werden, die der Gesetzgeber an uns hat, dass wir nämlich diese Zwischenlösung auflösen, muss man sich anschauen, wie wir Entlastung in den Schulen erreichen. Denn da haben wir eine große Not, und an den Stellen müssen wir arbeiten.

Wir stehen - das ist akut; das ist Ihnen aber auch bekannt; auch da gibt es keine Vorwürfe an irgendeine Seite - aufgrund des Zustroms von Flüchtlingen und Zuwanderern im Land insgesamt vor großen Herausforderungen. Das ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Ressourcen, sondern auch unter der Überschrift „Traumatisierung“ ein Thema. Die jungen Leute kommen mit unterschiedlichsten Grundlagen zu uns. Da muss man teilweise stark nacharbeiten. Insoweit kann man sich natürlich auch vorstellen, dass die Schulen weitere Unterstützung bekommen.

Die Verzahnung hat sowohl in den Fragen von Herrn vom Bruch als auch in den letzten Debattenbeiträgen eine Rolle gespielt. Ich denke, bei der organisatorischen Lösung würde man zwei Systeme zusammenführen, die dann unter einem gewissen Einigungsdruck stehen. Da ist zu fragen, wie man das organisiert. Diesbezüglich gibt es vielfältige Vorstellungen. Ich habe die Erfahrung gemacht: Als das Gesundheitsressort in unser Haus gekommen ist, hat es hier und dort inhaltliche Berührungen gegeben, es hat natürlich vor allen Dingen auf der organisatorischen Ebene Berührungen gegeben. Da hat es Bezüge auf vielfältige Fragen der Personalsteuerung gegeben. Bei Soziales hätten wir natürlich eine größere inhaltliche Nähe. Diese inhaltliche Nähe wird aber nicht durch die Organisation gebremst, sondern es stehen hier ebenfalls strukturelle Gründe dahinter. Wir haben es mit einem Bundesjugendhilfegesetz zu tun, mit dem die Steuerung auf der kommunalen Ebene stattfindet, und wir haben es mit einem Landesschulgesetz zu tun, mit dem die Steuerung auf der Landesebene stattfindet. Das fängt mit Kleinigkeiten wie dem Datenaustausch an. Wenn wir das gemeinsam mit Ihnen als Gesetzgeber feststellen, können wir rasch eine Entscheidung treffen und sagen: Wir ändern das Schuldatenschutzgesetz. Das gelingt uns mit dem Bundesjugendhilfegesetz so einfach nicht. Dazu müssen wir eine Bundesratsinitiative starten oder versuchen, auf die jeweiligen Koalitionäre in Berlin einzuwirken.

Auf dieser Ebene fängt es an. Da ist es aber noch nicht zu Ende. Die Systeme sind grundverschieden. Die Kindertagesstätte ist ein System, aufgebaut auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit. Die Schule ist Pflicht. Die Kindertagesstätte ist nach dem Grundsatz der stadtweiten Mobilität angelegt. Der Waldorfkindergarten in Schwachhausen wird von Menschen von überall in der Stadt ausgesucht. Im Grundschulbereich haben wir das strenge Prinzip: Kurze Beine, kurze Wege. Schon

bei der Frage der Zusammenarbeit der Grundschule mit der Kindertagesstätte muss man schauen, mit wem sie eigentlich zusammenarbeitet. Es ist ja nicht unbedingt die nächstgelegene, mit der man zusammenarbeitet, sondern man arbeitet mit der Kindertagesstätte zusammen, die am meisten Kinder in das System einspeist. Das kann sehr unterschiedlich sein. Und es sind meistens mehrere. Außerdem haben wir eine weitere Besonderheit im Unterschied zwischen Kindertagesstätte und Schule zu verzeichnen: Beim Schulsystem gibt es eine relativ klare staatliche Trägerschaft, mit Ausnahme einiger Privatschulen, aber im Bereich der Kindertagesstätten gibt es ein breites Spektrum von freien Trägern, und diese freien Träger haben sehr unterschiedliche Bildungsbegriffe. Das ist bei den Elternvereinen von der einen Sicht geprägt, das ist bei Waldorf geprägt von der Anthroposophie, das ist von Religion - -.

(Zuruf)

- Sie sind aber trotzdem unterschiedlich. - Es gibt die kirchlichen und so weiter. Das heißt, hier sind vielfältige Unterschiede angelegt. Und Schulen speisen sich auch nicht nur aus Kindern, die in der Kindertagesstätte waren, sondern sie speisen sich auch aus Schülerinnen und Schülern, die nicht dort waren. Das heißt, auch diese Gruppe ist mit in den Blick zu nehmen. Die kulturellen Unterschiede, die damals bei der Debatte um Cito herausgekommen sind, will ich jetzt gar nicht problematisieren.

Wir hatten eine gemeinsame Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern und Lehrerinnen und Lehrern, und auch da hat sich natürlich ein Ungleichgewicht eingestellt. Es gibt - das ist banal - auch unterschiedliche Stände. Die Erzieherinnen und Erzieher sind junge Frauen und junge Männer, die aus der Fachschule kommen, und die Lehrerinnen und Lehrer kommen im höheren Alter von den Universitäten. Auch insoweit ist eine kleine Unwucht darin.

Das sind vielfältige Aspekte. Auf der Behördenebene arbeite ich mit Frau Dr. Rose hervorragend zusammen. Das ist kein Hindernis. Natürlich haben wir jeweils eine Loyalitätsverpflichtung gegenüber unseren Häusern, aber wir haben auch eine Loyalitätsverpflichtung gegenüber dem Senat insgesamt. Also, da rubbelt es sich nicht. Man hat unterschiedliche Sichten, aber das muss so sein. Man hat auch unterschiedliche Erfahrungshintergründe.

Frau Vogt, Sie haben gesagt, die Reduzierung der Klassenfrequenzen gelte nur in den Eingangsklassen. Das stimmt, aber die Zahlen habe ich Ihnen genannt. Die Begrenzung der Schülerzahl gilt in den Eingangsklassen, aber es ist insgesamt eine Regelgröße festgelegt worden. Wir haben jetzt Überschreitungen der Meldefrequenzen durch die Zuwanderung zu verzeichnen.

(Abg. Frau Vogt: Nicht nur jetzt! Die haben wir in bestimmten Stadtteilen immer!)

Abg. Dr. vom Bruch: Vielleicht sollten wir das jetzt - -. Sonst wird es ein Dialog. Das ist immer schwierig.

Herr von Lührte: Entschuldigung, da muss ich widersprechen. Im Prinzip achten wir auf die Regelfrequenzen. Die Durchschnittszahlen habe ich genannt.

Nun zu der Frage der Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern für soziale Aufgaben. Ich sage einmal: Lehrerinnen und Lehrer haben die eine Ausbildung, Sozialpädagogen und Erzieher haben die andere Ausbildung. Das, was Sie hörten, habe ich genau anders herum gehört, auch von Schulen, die sagen: Bitte helft und unterstützt uns auf der Ebene. Ich nenne jetzt wieder das Beispiel der Resilienz. Wenn sich ein Lehrer annimmt, ist das zu loben, und ich finde es keinerlei Kritik würdig, dass er das tut und sich engagiert einbringt, aber zunächst stehen Bildung und Erziehung im schulischen Rahmen im Vordergrund.

Quartierbildungszentren und Ressortzusammenarbeit. Ja, da rumpelt und pumpelt es noch an manchen Stellen, aber auch da findet man immer wieder Verständigung.

Frau Grönert, Sie hatten zu den Sozialindikatoren gefragt. Die Sozialindikatoren werden auf Stadtteil- oder auf Baublockebene erhoben. Da wird es verankert. Die Schülerinnen und Schüler die dort, in dem Stadtteil oder in dem Baublock, wohnen, nehmen diesen Sozialindikator mit in die Schule, und daraus errechnet sich der Sozialindikator der Schule, weil an einzelnen Standorten genau das eintreten kann, was Sie gesagt haben: dass sie eine überregionale Attraktivität besitzen. Wir gehen aber davon aus, dass vor allen Dingen die Schülerinnen und Schüler einen

Förderbedarf haben und nicht die Schule, weil sie zufällig in einem Stadtteil liegt, der belastet ist. Deswegen halten wir das für das richtige Modell.

Das kann sich verändern. Wir haben bei den Oberschulen nicht allzu viele Bewegungen über die Stadtteilgrenzen hinaus - meistens gibt es doch einen starken Stadtteilbezug -, aber bei den Gymnasien natürlich allemal. Stadtweit anwählbare Gymnasien ziehen aus allen Stadtteilen Schülerinnen und Schüler an. - Manche Oberschulen auch, aber diese haben eine deutlich stärkeren Regionalbezug.

Wird sich etwas verändern, wenn sich der Sozialindikator verbessert? Wir haben diese Erfahrung bei einer Grundschule gemacht, die ich jetzt nicht nennen möchte, um nicht in eine Diskussion einzutreten. Manchmal gibt es ja in den Stadtteilen Veränderungen in der Baustruktur. Neubaugebiete entstehen, sodass die Mittelschicht stärker einströmt. Mit der Veränderung im Stadtteil verändert sich auch der Sozialindikator der Schülerinnen und Schüler. Damit verändert sich der Sozialindikator der Schule, und damit werden auch bestimmte Ressourcen zwar nicht alle abgezogen, aber künftig verändert.

Die Elternarbeit habe ich nicht angesprochen, weil sie integraler Bestandteil von Schule insgesamt ist. Elternarbeit steht also im Fokus und wird überall auch als Gelingensbedingung beschrieben. Als ich an anderer Stelle einmal darauf abgestellt habe, habe ich den Vorwurf gehört, dass dies eine wesentliche Gelingensbedingung ist, wobei ich gesagt habe: Schule muss aber auch trotz fehlender Elternarbeit eine Antwort haben. Schulen reagieren natürlich auch auf jene, die in schwierigen Verhältnissen, gerade auch in familiär schwierigen Verhältnissen, sind, aber es ist ungleich schwieriger, wenn Schule ohne oder gegen das Elternhaus arbeiten muss. Denn die Schule ist insgesamt darauf angelegt, dass es eine Zusammenarbeit gibt. Im Entwicklungsplan Migration und Bildung wird sie als eines der zentralen Handlungsfelder beschrieben. Aber das gilt nicht nur für Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund.

Abg. Dr. vom Bruch: Herzlichen Dank. Mit Blick auf die Uhr möchte ich ohne lange Überleitung Ihnen, Frau Lassek, das Wort geben. Kurz vorgestellt habe ich Sie schon. Vielleicht sagen Sie auch noch zwei, drei Sätze zu Ihrem Kontext. Und die

Bemerkung oder Frage des Kollegen Dr. Güldner aufnehmend: Herr Dr. Güldner sprach das Spannungsfeld an, nach dem Motto: Auf der Behördenebene sieht es so aus, möglicherweise auf der Ebene der Handlungspraxis ein wenig anders. Vielleicht lernen wir dieses Spannungsverhältnis jetzt ein bisschen kennen.

Frau Lassek, ich sage nochmals ein herzliches Willkommen. Sie haben das Wort.

Frau Lassek: Danke schön. Ich hoffe, Sie können noch zuhören. Die Informationen waren bisher ja schon sehr dicht. Ich versuche jetzt nicht, einen breiten Vortrag zu halten, sondern ich versuche auf die Fragen einzugehen, die jetzt schon gestellt worden sind, und in der Tat ein bisschen von der Theorie, von der Planung, in die Praxis überzugehen, aber durchaus auch ein paar Dinge zu konkretisieren.

Ich bin Schulleiterin der Grundschule am Pfälzer Weg. Die Grundschule am Pfälzer Weg liegt, wie wahrscheinlich alle wissen, im Stadtteil Tenever. Wir sagen nicht: Sie hat den schlechtesten Sozialindikator. Vielmehr sagen wir immer: Wir stehen beim Sozialindikator an erster Stelle. Auf der letzten Stelle steht Borgfeld.

(Heiterkeit)

Abg. Dr. vom Bruch: Das ist auch eine Sichtweise.

Frau Lassek: Ja, es kommt immer auf die Richtung an. - Die Grundschule am Pfälzer Weg hat über 90 Prozent Kinder mit Zuwanderungshintergrund. Wir sind seit drei Wochen gebundene Ganztagschule. Wir üben uns darin und sind im Moment auch ein wenig atemlos, weil wir mit der ganzen Schule gleichzeitig eingestiegen sind. Wir sind also nicht hochgewachsen, sondern sind mit einem Schlag Ganztagschule geworden.

Vielleicht noch als Kennzeichen: Vorhin wurde über Bildung und Teilhabe gesprochen. Die Anzahl der Blauen Karten ist ungefähr so hoch wie der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund.

Dennoch - oder wie auch immer - hat diese Schule im Jahr 2012 den Deutschen Schulpreis bekommen, was uns mutiger gemacht hat, bestimmte Dinge nach außen zu tragen, wobei diese Schule schon seit vielen Jahren eine Hospitationsschule ist. Wir arbeiten seit über 20 Jahren jahrgangsübergreifend arbeiten, standen von daher immer irgendwie im Fokus und Menschen - Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und viele andere - kamen, die einfach schauen wollten, ob das funktioniert oder nicht.

Im Weiteren ist mir noch wichtig zu sagen, dass es eben eine Grundschule ist. Wir sprechen ja heute über alle Schulstufen. Mir ist aber auch wichtig, ein Stück weit zu differenzieren, weil für Grundschulen in Bremen zum Teil andere Konditionen bestehen als für die Sekundarstufe I und die Oberstufe, zum Beispiel bei der Finanzierung pro Schüler. Herr von Lührte hat einen Durchschnittswert von 6 100 Euro benannt. Viel spannender ist die Frage: Was wird für einen Grundschüler ausgegeben, und was wird für einen Oberstufenschüler ausgegeben? Ein Oberstufenschüler erlebt eine hoch selektive Schulsituation, ein Stück staatlich finanzierter exklusiver Stellung. Zur Grundschule gehören alle. Wir sagen immer ganz eifrig und nicken: Ja, auf den Anfang kommt es an. Es ist ein ganz großes Manko in Bremen und auch in anderen Bundesländern, dass das nur Lippenbekenntnisse sind, dass das nicht auf den Bereich der frühkindlichen Bildung und der Grundbildung übertragen wird. Die Grundschule ist die einzige - wenn man so will - Fast-Gesamtschule im Lande Bremen, aber auch in allen anderen Bundesländern. Dem wird nicht Rechnung getragen. Dem ist auch in Bremen im Zusammenhang mit der Entwicklung zur inklusiven Schule nicht unbedingt Rechnung getragen worden.

Ich bin offen, Herr von Lührte, auch wenn ich jetzt ab und zu einmal Dinge relativiere, die Sie gesagt haben.

(Herr von Lührte: Darüber sprechen wir nachher! - Heiterkeit - Abg. Frau Dogan: Keine Drohungen!)

Ich finde es wichtig, solche Dinge zu unterscheiden und differenziert anzuschauen. - Das zur Situation von Grundschulen.

Das Nächste, worin wir unterscheiden müssen, ist, dass die Grundschulen feste Einzugsbezirke haben. Das heißt, die Grundschulen sind sehr viel klarer an ihr Wohnumfeld gebunden, als es jede weiterführende Schule, jede Oberschule, natürlich auch jedes Gymnasium oder jede Privatschule, ist. Das bringt härtere Bedingungen mit sich. Auf die anderen Dinge, die uns vielleicht noch unterscheiden, gehe ich später ein.

Ich möchte zunächst auf die Armut zu sprechen kommen. Armut als Auslöser für Bildungsarmut oder auch mangelnde Bildungschancen von Kindern, die eigentlich anders in unsere Gesellschaft hineinkommen müssten, ist ja das Thema. Für mich ist es wichtig, die individuelle Armut von Kindern, Eltern, Familien von dem Aspekt zu unterscheiden, dass durch Armut Bildungsarmut entsteht. Die Armut, die Kinder individuell in die Schule mitbringen, und das sicherlich auch speziell in bestimmten Einzugsgebieten Bremens, bedeutet, dass diese Armut auch die Schule ein Stück weit arm macht, und zwar in der Weise, dass bestimmte Dinge nicht möglich sind, wenn sie in der überwiegenden Anzahl arme Kinder hat. Diese Kinder bringen viele Erfahrungen nicht mit. Sie haben kein Weltwissen. Ihr Erfahrungsraum ist auf ihr direktes Wohnumfeld eingeschränkt. Sie kommen nicht in die Stadt, sie gehen nicht in ein Museum, sie gehen noch nicht einmal in den Bürgerpark oder in den Schnoor. Sie haben ganz wenig Umfeldwissen. Das fordert die Schule wiederum heraus, bedeutet aber auch, dass viel Energie notwendig ist, um mit diesen Kindern ein Stückchen Wissen über Bremen und die Welt zu erarbeiten, um ihr Interesse auch für Dinge zu wecken, die beispielsweise außerhalb von Tenover oder Huchting liegen.

Armut heißt in dem Fall auch Armut für die Schule, weil die Kinder keine ausreichenden Arbeitsmittel mitbringen. Eltern bekommen, wenn sie unter entsprechenden Bedingungen leben, zur Einschulung ihres Kindes 70 Euro für die Erstausrüstung, und sie bekommen im zweiten Halbjahr noch einmal 30 Euro für Arbeitsmittel. Wir Schulen können überhaupt nicht steuern, dass dieses Geld auch den Kindern zugutekommt. Wir Schulen bräuchten eigentlich, dass dieses Geld an die Schule kommt, damit wir ordentliche Arbeitsmittel kaufen können. Das konnten wir früher einmal, weil wir damals, zu ganz tollen Zeiten, pro Schulanfänger, ich glaube, rund 44 DM bekamen. Das ist immer weiter reduziert worden, und wir sind

heute nicht einmal mehr in der Lage, die Schüler mit einer vernünftigen Schere mit ordentlichen Stiften und was man sonst noch rein arbeitstechnisch braucht, auszustatten. - Ich sage das jetzt sehr grundschulbezogen, weil es dann plastischer wird. - Sie können sich vorstellen, dass es einen Unterschied macht, ob ein Kind mit einer Dahle-Schere oder mit einer Plastikscheren in die Schule kommt und dann damit arbeiten soll. Es ist schlichtweg eine Behinderung von Kindern, wenn sie kein ordentliches Arbeitsmittel haben. Das können wir Schulen nicht ausgleichen. Das meine ich, wenn ich von struktureller Benachteiligung spreche: dass Schulen, die in dieser prekären Lage sind, dafür keine Mittel haben. Das wird auch nicht durch das Bildungs- und Teilhabepaket ausgeglichen, weil dieses Geld nicht in der Schule landet.

Ich nenne einen weiteren Punkt. In Bremen besteht Lehr- und Lernmittelfreiheit. Das heißt, eigentlich - eigentlich - müssen Eltern null Euro dazu bezahlen. Das passiert schon lange nicht mehr, weil das Geld nicht reicht. Aber ich kann an meiner Schule nicht um einen Euro bei den Eltern bitten. Da komme ich mir schäbig vor. Viele andere können es an ihrer Schule auch nicht. Das heißt, wir produzieren durch unser System der Lehr- und Lernmittelfreiheit eine außerordentliche Ungerechtigkeit. Unsere Kinder bekommen keine bunten Arbeitshefte. Meine Lehrerinnen stehen am Kopierer, entwickeln selber stundenlang Arbeitsmaterialien, damit die Kinder individuelles, aktuelles Material haben, das auf ihre Bedürfnisse abgestimmt ist und das auch attraktiv ist und wirklich das aufnimmt, was die Kinder als Ausgangsbasis lernen sollen.

Das ist eine Benachteiligung auch für die Lehrkräfte, die an solchen Schulen arbeiten. Sie tragen den ganzen Aspekt der Sozialarbeit - da gebe ich Frau Vogt völlig Recht -, aber sie haben auch noch einen deutlich erhöhten Aufwand bei der Vorbereitung der Unterrichtsmaterialien für ihre Schülerinnen und Schüler.

Armut bezieht sich an diesen Schulen im weiteren Sinne auch auf die Schulleitung und Verwaltung. Wir haben einen enormen Verwaltungsaufwand mit Bildung und Teilhabe. Das muss alles registriert und in ein System eingegeben werden. Wir haben einen enormen Aufwand für die Beratung von Eltern, weil diese - das können Sie sich gut vorstellen - jedwede Formulare nicht einfach lesen und interpretieren

können, weil sie, wenn wir fair sind, dabei Hilfe brauchen. Wenn man wirklich will, dass Eltern vertrauensvoll in die Schule kommen, dann darf man sie nicht spüren lassen: Jetzt ist die schon wieder da und fragt etwas! Sonst kommt diese Mutter nicht wieder. Ich muss ihr zeigen und sagen: Es ist gut, dass Sie fragen; kommen Sie beim nächsten Mal wieder. Das ist ein Aufwand, der auf die Schulleitung, auf den Lehrerinnen, auf der Verwaltung liegt, der aber in keiner Weise berücksichtigt wird, wobei ich - Sie sprachen vorhin vom Wunschkatalog - schon wüsste, wo man schauen muss. Bremen hat an vielen Stellen tatsächlich etwas weniger Gießkanne als andere Bundesländer; dennoch wäre in diesem Bereich der Sachmittel und der Manpower deutlich nachzusteuern. Ich bin durchaus für einen Personalmix und multiprofessionelle Teams, aber es muss auch Professionstransfer geben, wir müssen damit leben, dass an bestimmten Standorten weiter gehende Kompetenzen sowohl von Lehrerinnen als auch von pädagogischen Mitarbeitern gefordert sind.

Ich will sagen: Arme Kinder, die ja unverschuldet arm sind, machen auch eine Schule arm. Damit sind wir ganz schnell bei dem Image oder bei der Akzeptanz einer Schule, die unter solchen Bedingungen arbeitet. Mangelnde Akzeptanz macht die Schule wieder ärmer, weil bestimmte Gruppierungen von der Schule wegströmen. - Ich meine damit Eltern. Eltern arbeiten an dieser Stelle hoch selektiv. Dies ist aber auch bezogen auf Sponsoren. Schulen wie unsere kämpfen andauernd für irgendwelche Projektgelder, die wir beantragen, damit wir für bestimmte Dinge wenigstens Mittel für ein oder zwei Jahre haben. Davon finanzieren wir beispielsweise, mit den Kindern ein Jahr lang schwimmen zu gehen. Da bemüht man sich beim Kreissportbund um irgendetwas, und man stellt bei der Wupper-Stiftung einen Antrag. Das ist alles sehr aufwendig. Wir haben auch einen Schulverein, aber wir haben dafür nicht ohne weiteres Sponsoren, weil Sponsoren sich andere Schulen und andere Schulvereine suchen und unsere Eltern nicht in den Schulverein einbezahlen können. Sie werden Mitglied, aber wir können keine großen Beiträge einfordern. Das wäre unsolidarisch, und es geht auch einfach nicht.

Ich will damit verdeutlichen: Uns laufen die zusätzlichen Geldgeber nicht zu und auch nicht die Eltern die sagen: Ich gebe dem Schulverein einmal tausend Euro; dann kann er die Arbeitshefte kaufen. Oder: Wir als Klassenelternschaft spenden an den Schulverein, der dann für unser Klasse das und das erwerben kann. Dies alles geht

nicht. Das sind für mich strukturelle Benachteiligungen in unserem Stadtstaat - das gilt natürlich genauso für Bremerhaven -, die wir Schulen nicht ausgleichen können, die aber die Armut der Kinder mit befördern.

Die Herausforderung besteht dann darin, dass wir schauen müssen, ob wir das, was die Kinder nicht mitbringen können, in die Schule holen können. Das heißt: Können wir im Hinblick auf die Kultur, an der sie bisher nicht teilhaben konnten, über die Schule kompensatorisch wirken? Können wir ins Theater fahren? Können wir in die verschiedenen Museen gehen und andere Dinge tun? Wir können nicht ins Universum gehen, weil das immer zu teuer ist. Andere Dinge kann man wiederum über Aktionen auch einmal finanzieren.

Vieles von dem, was wir für die Kinder an Erfahrungswelt eigentlich brauchen, weil damit automatisch auch Sprachförderung stattfindet - Erfahrung heißt ja Sprache -, müssen wir mühsam akquirieren, und das ist leider unzureichend. Das ist ganz klar. Das ist deutlich verbesserungswürdig.

Ich möchte noch etwas zur Sprachförderung sagen. Es gibt seit mehreren Jahren den Cito-Test für die Viereinhalbjährigen. Die Grundschulen testen nach der Einschulung die Kinder noch einmal, die in der Kindertagesstätte Sprachförderung erhalten haben, ob sie diese weiterhin bekommen sollen. Ich stelle den Cito-Test ganz stark infrage - mehr will ich dazu jetzt nicht sagen -, weil Bremen eigentlich auch ohne Cito-Test weiß, wie viel Prozent der Kinder Sprachförderung brauchen. Das braucht man nur in den Kindertagesstätten abzufragen, dann ist das klar. Es besteht immer ein großes Misstrauen, dass die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten und die Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen übertreiben, aber ich glaube, hierauf kann man sich doch ein Stück weit beziehen. Die Frage ist, wofür man mehr Geld ausgibt. Das eine ist die Diagnostik, der Test. Das andere ist die Frage: Was resultiert daraus? Es resultiert daraus, dass in der Kindertagesstätte Sprachförderung betrieben wird. Ich gehe davon aus, dass sie gut geplant ist und gut durchgeführt wird. Um das deutlich zu machen: Meine Schule muss zum Beispiel am Schulanfang 40 Kinder noch einmal testen, Schulen in anderen Einzugsgebieten vielleicht zwei oder drei. Auch das ist eine Frage der Ressourcen. Ich bekomme zwei Stunden für Sprachförderung, jede andere Grundschule auch.

Wir mussten vor einem Jahr in allen Schulen, in den Grundschulen, in den Sekundarschulen, ich denke, auch in der Oberstufe, Sprachförderkonzepte schreiben. Ich vermisse ganz stark - ich habe versucht, dies auch in einem Gespräch mit Herrn von Lührte ganz deutlich zu machen -, dass sich diese Sprachförderkonzepte aufeinander beziehen. Die Kindertagesstätte arbeitet, die Grundschule arbeitet, die Oberschule arbeitet, die Oberstufe arbeitet. In jeder Stufe bestehen aufgrund des jeweiligen Alters der Kinder und aufgrund anderer Bedingungen eigene Notwendigkeiten und auch andere konzeptionelle Anforderungen. Das ist völlig klar. Aber, bitte schön, wir brauchen Verzahnung! Wir müssen die Übergänge in den Griff bekommen. Das betrifft dann auch das Sozialressort und dessen Zuständigkeit für die Kindertagesstätten. Wenn man wirklich pädagogisch langfristig wirken will, muss man solche Konzepte gemeinsam angehen und muss sie dann auch gemeinsam auf den Weg bringen. Solange es an der einzelnen Schule hängen bleibt, ist es mehr oder minder wirksam, und es ist vielleicht eine Frage des Controllings, aber ich glaube, nicht.

Das war der Exkurs zur Sprachförderung. Ich will jetzt noch auf die Eltern eingehen. Arme Eltern mit Migrationshintergrund, ohne Migrationshintergrund - ich denke, dass die Armut prägend ist. Herr von Lührte hat ja auch sehr deutlich ausgeführt, dass Bremen unter den schwierigsten Bedingungen in der Bundesrepublik arbeitet. Einige Großstädte sind natürlich in ähnlicher Lage. Wir sind darauf angewiesen, diese Eltern zu gewinnen und sie für Bildung zu interessieren. Viele Eltern mit Zuwanderungshintergrund sind höchst interessiert an Bildung. Sie sind höchst interessiert daran, dass ihr Kind einen guten Weg durch die Schule macht, sie sind höchst interessiert daran, dass ihr Kind einen Abschluss und einen guten Abschluss macht, aber sie sind ganz oft außen vor, weil sie Dinge nicht begleiten, nicht nachvollziehen können, wenn sie keine Unterstützung bekommen. Sie wissen viel zu wenig von unseren Schulen, weil ihnen das niemand nahebringen kann, und dies zum Teil, weil sie isoliert leben, zum Teil sicherlich auch aus anderen Gründen. Ich wehre mich vehement gegen die Ansicht, dass zu einem überwiegenden Teil Desinteresse an Bildung bestehe. Das hat wirklich diese anderen Gründe. Die Unterstützung durch die Eltern fehlt den Kindern aber.

An unserer Schule läuft schon seit vielen Jahren ein Elternprojekt, das sich KESch - Kinder, Eltern und Schule im Dialog - nennt. Das ist etwas ganz Niedrigschwelliges. Auch das kostet Geld, aber es findet direkt in der Schule statt, mit den Eltern, die da sind, und mit den Eltern und ihren Kindern gemeinsam. Ich beschreibe es einmal ganz kurz.

Das KESch-Projekt haben wir vom Konzept her so gefasst, dass ungefähr achtmal im Jahr die Lehrerin einer Lerngruppe - ich sage „Lerngruppe“, weil wir keine Klassen haben - die Kinder, ihre Eltern und Geschwister für einen Nachmittag in die Schule einlädt. Weil wir gut mit einem Träger kooperieren, der bis zum letzten Jahr bei uns in der Schule den Hort geleitet hat, kommt eine Sozialpädagogin beziehungsweise ein Sozialpädagoge, die oder der Erfahrung in der Erwachsenenbildung hat, hinzu. Die beiden, Lehrerin und Sozialpädagoge, bereiten mit den Eltern diese Nachmittage vor, aber nicht in der Weise, dass wir als Schule sagen: Die und die Themen wollen wir mit euch Eltern besprechen. Vielmehr gibt es eine Auftaktsituation, damit sich die Eltern erst einmal kennenlernen, schauen, aus welchen Ländern sie kommen, darüber reden, wie bei ihnen Schule aussieht, wie bei ihnen gekocht wird, welche Speisen es gibt, welche Kinderspiele es gibt, wie sie mit ihren Kindern spielen. Dann nähern sie sich an Themen an, die die Eltern interessieren, die die Eltern auch formulieren. Es gibt also keine Themen, die die Schule setzt, sondern das sind Themen, die die Eltern formulieren. Dabei ergibt sich ein erstaunliches Spektrum. Aus diesem Themenkatalog wählen dann die Eltern aus, was sie beim nächsten Mal miteinander besprechen wollen. Das wird also durch die Pädagogen mit den Eltern vorbereitet.

Der Nachmittag sieht dann so aus, dass die Eltern mit den beiden Pädagogen an diesen Themen arbeiten. - Ich sage auch gerne „Elternmitarbeit“ und nicht „Elternarbeit“; denn „Elternarbeit“ drückt etwas Anstrengendes aus, während „Elternmitarbeit“ etwas Partizipatives hat. - Die Kinder und ihre Geschwister spielen in der Zeit in einer Kinderbetreuung - das sind oft riesengroße Gruppen -, bereiten aber auch etwas zu dem Thema vor. Das ist zum Teil etwas ganz Schlichtes. Beispielsweise bereiten die Kinder, wenn die Eltern zur Ernährung arbeiten, einen Obstsalat zu. Am Ende treffen sich Eltern und Kinder und essen gemeinsam diesen

Obstsalat. Das hat eine Sequenz. Sie begrüßen sich, machen etwas getrennt, und am Ende kommt man zusammen und trägt sozusagen die Ergebnisse zusammen.

Das hat ganz viele Effekte, weil die Eltern untereinander ins Gespräch kommen. Ich hätte zu Anfang niemals gedacht, welche Bedeutung es hat, dass sie untereinander die Fremdheit verlieren, dass deutschsprachige Eltern mit den türkischen und ghanaischen Eltern plötzlich ganz anders umgehen können, dass sich die Kinder anders verabreden können, dass sie verstehen, warum ein Kind so reagiert und das andere anders, weil sie Hintergründe kennen. Wir sind auch völlig überrascht, wie die Eltern der Gruppen, die in diesem KESch-Projekt arbeiten, plötzlich anders an Schule teilhaben. Sie kommen zum Elternabend. Gremienarbeit ist in unseren Schulen einfach schwierig - hier beziehe ich an Standorten wie dem unseren alle Schulen, natürlich auch die Oberschulen, mit ein -, weil sich die Eltern nicht verstanden fühlen. Diese Eltern kommen. Bei diesen Eltern ist die Schultasche des Kindes in Ordnung. Bei diesen Eltern ist das Fahrrad, wenn der Fahrradführerschein gemacht wird, in Ordnung. Die Kinder haben einen Fahrradhelm. Man merkt an ganz vielen Stellen, dass sie sich plötzlich anders angesprochen und auch kompetenter im Umgang mit Schule hier fühlen. Das gilt im Übrigen auch für Eltern, die hier zur Schule gegangen sind. Das schließt sie nicht aus.

Dieses Projekt kostet auch ein bisschen Geld. Wir geben eine Lehrerstunde hinein, und der Hort spendiert auch eine Stunde. Aber das kostet auch Sachmittel. Wir können also KESch nur durchführen, wenn wir Sponsoren finden.

Jetzt drehen wir uns immer im Kreise: Wir müssen Sponsoren finden. Pro Jahr kostet ein solches Projekt ungefähr 700 Euro. - Ich muss dazu sagen: Am Ende gibt es auch eine Phase, um Bremen zu erkunden. Da fährt dann die Gruppe in den Bürgerpark, macht Picknick, fährt ins Focke-Museum, fährt auch einmal zum Schlittschuhlaufen ins Paradise, um den Eltern Orte zu zeigen, zu denen sie mit ihren Kindern relativ preisgünstig oder kostenfrei kommen können. Die Eltern kennen diese Orte nicht. Wenn sie einmal da waren, ist die Hürde überwunden. Es war ein Schlüsselerlebnis, als mir eine Kollegin sagte: Es war zunächst sehr peinlich, aber als die Eltern an der Kasse des Überseemuseums die Blaue Karte vorgezeigt hatten und kostenlos hineinkamen, war es dann akzeptiert. Das ist ganz schwer. Man weist

sich ja aus als - -. Aber sie wussten dann: Dorthin kann ich mit meinem Kind oder mit meinen Kindern wirklich gehen.

Ich will damit sagen: Wir brauchen Konzepte für eine andere Beteiligung von Eltern. Wir brauchen tatsächlich eine diesbezügliche Entwicklung. Schulen müssen Bildungszentren sein, aber anders, als wir vielleicht klassisch denken. Dazu braucht es Ideen, dazu braucht es aber auch Ressourcen.

Das meine ich auch mit Ressourcen, die vielleicht anders und nicht mit der Gießkanne verteilt werden sollten. Ich muss sagen, Bremen ist wirklich insoweit eine Ausnahme im Bundesgebiet, als es zum Beispiel über den Sozialindikator mehr Stunden für benachteiligte Schulen gibt, als die Frequenzen gesetzt sind. Obwohl, sie holen uns ein. Nach einem halben Jahr müssen wir Kinder, die zuziehen dann doch aufnehmen, und im Moment ist es so, dass die Grundschulen in prekärer Lage - ich kann es für die Oberschulen nicht sagen - zum Teil sehr viel größere Klassen haben als in allen anderen Orte. Ja, wir haben die Schulsozialarbeit, und das ist sicherlich auch eine große Errungenschaft. Ich denke, es gibt aber durchaus noch Ideen, um diesbezüglich nachzubessern und durchaus auch einmal über die Lehr- und Lernmittelfreiheit nachzudenken.

Ich komme, wenn Sie es noch hören mögen, auf die Übergänge und auf die Kooperation zu sprechen, weil das wichtige Bereiche für alle Schulen sind, vielleicht für Schulen in prekärer Lage noch sehr viel mehr. Herr von Lührte hat das - wie soll man es nennen? - Projekt „Reformprozess“ genannt. Es läuft seit der Einführung der Oberschulen, das heißt, ein Jahr vorher wurde das Projekt ins Leben gerufen. Das Projekt läuft vorwiegend in Oberschulen, um den Prozess der Oberschulentwicklung zu koordinieren. An unserem Standort - das hat etwas mit Kooperation zu tun - sind wir mit Grundschule und Oberschule in den Reformprozess eingestiegen. Wir haben das als gemeinsames Projekt gestaltet und haben in diesem Zusammenhang auch den Übergang von der Grundschule in die Oberschule beziehungsweise in die Sekundarstufe bearbeitet. Für uns als Grundschule gehört der Übergang von der Kindertagesstätte zur Grundschule dazu. Wir führen seit Jahren Modellprojekte durch, die zum Teil viel Geld kosten, aber wir haben es nicht geschafft, in der Fläche wirklich etwas hinzubekommen, weil es immer auf das individuelle Engagement der

Beteiligten in den Schulen gelegt wird. Es gibt keine Leitlinie dafür, es gibt keine Ausstattung dafür. Im Rahmen dieses Übergangs - ich will jetzt nicht auf Details eingehen, weil Sie besser nachfragen, was Sie in diesem Zusammenhang interessiert - haben wir, so wie wir es auch mit der Kindertagesstätte machen, Ebenen der Kooperation, und auf diesen Ebenen arbeiten die Leitungen zusammen, arbeiten die Lehrkräfte zusammen, schaffen wir den Übergang in partizipativer Einbeziehung von Eltern und Schülerinnen und Schülern. Die Kinder sind die eigentlichen Akteure des Übergangs. Sie müssen ihn aushalten. Deshalb müssen wir den Übergang für die Kinder entsprechend gestalten.

Das machen wir am Standort mit den Kindertagesstätten genauso, wobei es richtig ist, was Herr von Lührte sagte: Manche Schulen haben mit sehr vielen Kindertagesstätten zu tun. Da kann man als Grundschule nicht mit jeder Kindertagesstätte große Projekte fahren, aber man kann ein Konzept entwickeln, das man auf alle Kindertagesstätten übertragen kann. Ich bin sehr dafür, etwas exemplarisch mit einem Standort auszuprobieren und, wenn das funktioniert, die anderen mit ins Boot zu holen. Da gibt es durchaus auch kreative Lösungen. - Dies zu den Übergängen.

Stichwort Kooperationen. Grundschulen mehr als Oberschulen, aber auch Oberschulen - wie soll ich das ausdrücken? - profitieren davon, wenn sie mit ihrem Umfeld kooperieren. In Huchting, in Lüssum, in Tenever, im Bremer Westen gibt es, bedingt durch die Sozialstruktur, viele aktive Einrichtungen. Es ist dringend notwendig, mit diesen zu kooperieren, weil das die Schule bereichert, weil sich das auf die Bildungsgestaltung in jeder Schule, in jeder Kindertagesstätte auswirkt und weil alle Einrichtungen davon profitieren. Man muss Zeit investieren, auch Manpower; das ist völlig klar. Man bekommt viel zurück, und man bekommt auch durchaus einmal eine Bremse eingelegt und aufgezeigt, was nicht möglich ist. Meine Schule hat gesagt bekommen: Wir haben zu wenig Nachmittagsplätze in Tenever. Was macht ihr als Schule jetzt? Dann ist klar: Man muss sich auf den Weg machen.

Diese übergreifende Zusammenarbeit, die in regelmäßigen größeren Abständen stattfindet, professionalisiert Lehrerinnen und Lehrer, schafft Synergieeffekte, braucht allerdings auch Ressourcen. - Ich schaue immer Herrn von Lührte an, wenn es um

Ressourcen geht. - Schulen müssen einfach Zeit hineingeben, und - das muss man auch sagen - es sind wieder bestimmte Schulen, die sich engagieren müssen, um besser voranzukommen. Das sind die Stellen, an denen für mich ganz klar ist: Wir brauchen dreierlei. Wir brauchen Konzepte - da sind die Schulen gefordert -, wir brauchen Reformen - da sind die übergeordnete Behörde und auch die Politik gefordert -, aber wir brauchen auch Ressourcen. Die Verteilung der knappen Ressourcen muss in Bremen gut und, wie ich glaube, noch besser überlegt sein. Das fände ich sinnvoll.

Ich denke, jetzt habe ich alles Wichtige gesagt, und Sie fragen mich.

Eine Frage habe ich, bevor Sie fragen, an Herrn von Lührte beziehungsweise an uns alle. Bremen stellt sich wie andere Bundesländer in regelmäßigen Abständen den diversen Studien. Diese Studien kosten sehr viel Geld. Sie beweisen Sequenz für Sequenz - die eine alle vier Jahre, IGLU in anderen Abständen und VERA jedes Jahr - dasselbe, dass nämlich die soziale Koppelung zu deutlich ist und dass Bremen wie die anderen Stadtstaaten und genau wie die Großstädte hintenan ist, was völlig klar ist, weil das von anderen Faktoren abhängt. Warum hält man nicht einmal inne und fragt: Welche Schritte leiten wir daraus ab? Ich weiß zum Beispiel, dass Österreich jetzt aus PISA ausgestiegen ist. Sie haben sich eine Auszeit genommen, um die Ergebnisse erst einmal zu verarbeiten. Das stelle ich zur Diskussion.

Ich warne ganz eindringlich davor, Leuchtturmschulen auszurufen, weil gerade Bremen in dieser Hinsicht hoch empfindlich ist. Das ist etwas spezifisch Bremisches. Das habe ich am eigenen Leibe erfahren. Wenn man hier einen Standort sehr lobt und als Beispiel darstellt, dann geht das nach hinten los. Das ist schade, weil dann nicht nur die Schule abgelehnt wird, sondern weil dann auch die Konzepte abgelehnt werden. Frau Dogan sprach die Fortbildungen an. Wir haben viele Fortbildungen in der Schule gehabt, bei denen ganze Kollegien gekommen sind, die das aber auch wollten. Dann passiert ganz viel. Dann kann man viel miteinander gestalten. Aber es gibt auch die anderen Effekte, und das ist einfach schade. Insoweit würde ich also sehr darum bitten, andere Wege zu finden. Bitte keine Leuchttürme!

(Beifall)

Abg. Dr. vom Bruch: Herzlichen Dank, Frau Lassek für das, was Sie aus der Perspektive der Beteiligten, der Betroffenen, der in diesem Metier jeden Tag Tätigen berichtet haben.

Wir müssen jetzt ein wenig aufpassen, dass die Debatte nicht zu sehr eine bildungspolitische Debatte wird. Ich weiß nicht, ob wir die Diskussion um PISA und andere Studien an dieser Stelle vertiefen müssen und sollten.

(Frau Lassek: Bestimmt nicht! Aber mitnehmen!)

- Das ist klar. - Ich eröffne nun die Fragerunde.

Abg. Dr. Yazici: Herzlichen Dank für diesen sehr lebendigen Vortrag. Ich habe alles sehr aufmerksam verfolgen können. Man spürt, dass Sie Schulleiterin mit Herz und Seele sind und dass Sie Ihren Standort nicht loben. Deswegen lobe ich Sie.

(Frau Lassek: Nein, das ist der Standort, den Sie aber insgeheim loben dürfen!)

Sie haben gesagt, Ihre Schule habe einen Migrantenanteil von über 90 Prozent, und es gebe einen entsprechenden Anteil Blauer Karten. Das heißt, der Anteil von deutschen Kindern ohne jeglichen Zuwanderungshintergrund ist erdrückend niedrig. Insoweit besteht an Ihrer Schule eine ganz besondere Situation. Sie sprachen von Kooperationen und dem Elternprojekt KESch. Was ich aus Ihrem Vortrag nicht heraushören konnte, ist, welche gezielten, auf die Migrantenfamilien zugeschnittenen Aktionen - so will ich es einmal nennen - es an Ihrer Schule gibt, um auch dem zu begegnen, was Sie gesagt haben, dass die Eltern zwar eine hohe Bildungsaspiration haben, aber aufgrund fehlenden Wissens außen vor bleiben. Wie binden Sie die Eltern besser ein, und haben Sie beispielsweise auch Kooperationen mit migrantischen Elternvereinen?

Abg. Möhle: Ich schließe mich Herrn Dr. Yazici an. Ich fand den Vortrag hoch interessant. Dinge aus der Praxis sind meist lebendiger.

(Heiterkeit)

- Jeder weiß, was ich damit meine. - Ich will es einmal so sagen: Ich habe nach beiden Vorträgen noch relativ viel Bedarf, über sie nachzudenken. Ich mag jetzt nicht kurzfristig sagen: Oh ja, dieses oder jenes! Ich will das auch ein Stück weit noch verarbeiten. Aber was ich verstanden habe, ist, dass man das System finanziell eigentlich vom Kopf auf die Füße stellen müsste. Sie sagen: Am Anfang sind alle Kinder in der Grundschule. Dafür wird aber nicht das meiste Geld ausgegeben, sondern eher für die Oberstufen. Ich bin gerne bereit, einmal darüber nachzudenken, ob hier nicht ein Umdenken erfolgen müsste, weil auch ich die Haltung trage, dass tatsächlich der Anfang ganz entscheidend ist. Aber wie gesagt: Darüber muss man nachdenken und schauen, wie wir in dieser Frage zu Ergebnissen kommen.

Ich habe in den Bildungsdebatten, die ich im Laufe meines längeren parlamentarischen Lebens erlebt habe, eigentlich immer eine extreme Gewichtung der Frage festgestellt, wie man das Abitur schafft. Ich persönlich habe immer gesagt: Ziel der Ausbildung können auch gut ausgebildete Handwerker sein.

(Abg. Frau Bösch: Aber heute nicht mehr!)

Auch darüber muss man, so denke ich, insgesamt noch einmal nachdenken: Wie können wir Bildungsziele formulieren, die am Ende des Tages auch erreicht werden können?

Ich hätte große Lust, jetzt auch die Finanzlage noch zu diskutieren. Aber erstens gibt es noch ein paar Wortmeldungen, zweitens ist es schon ziemlich spät. Daher komme ich jetzt zum Ende. Aber insgesamt muss man schauen, dass man über diese Fragen im Gespräch bleibt.

Abg. Frau Dogan: Auch ich möchte mich bedanken. Ich kenne es nicht anders von Ihnen. Ich habe Sie ja auch auf Podien schon öfter wahrgenommen.

In dem, was ich verstanden habe und für diesen Ausschuss und für mich mitnehme, kann ich an Herrn Möhle anschließen. Herr von Lührte hat zum Beispiel dargestellt,

wie viele Stunden jede einzelne Schule für die Sprachförderung bekommt. Sie, Frau Lassek, haben, wenn ich das richtig verstanden habe, gesagt: Man muss genauer auf die Standorte schauen; denn es kann ja nicht sein, dass in einem Stadtteil an einer bestimmten Schule viel mehr Kinder mit diesen Risikofaktoren sind, dass diese Schule aber dieselbe Stundenanzahl bekommt wie eine andere Schule, in der diese Probleme nicht vorliegen. Diesbezüglich habe ich mir während Ihres Vortrags aufgeschrieben: Verteilung muss künftig noch besser überlegt werden.

Eines fand ich gut, aber das war mir noch zu wenig. Sie haben gesagt, es sei wichtig, auf die Übergänge zu schauen und ein durchgängiges Sprachförderungskonzept zu entwickeln. Ich möchte gerne wissen, wie Sie sich das vorstellen. Denn es gibt ja kein durchgängiges Konzept. Jede Schule modelt ein bisschen herum. So habe ich das verstanden. Aber wichtig wäre hierbei eine Zusammenarbeit mit dem Ressort. Denn Sprache ist ein Schlüssel zum Bildungserfolg und ermöglicht so auch die Teilhabe der Menschen.

Abg. Dr. Güldner: Ich möchte die Frage aufgreifen, die sich jetzt durchgezogen hat: Wer macht eigentlich was in der Schule, und welche Arbeitsteilung ist sinnvoll? Frau Vogt hat es zunächst gesagt, aber es ist mittlerweile mehrfach aufgegriffen worden. Dazu würde mich nun auch noch Ihre Meinung interessieren. Sie haben von Multiprofessionalität gesprochen. Das heißt ja: Ich habe Sozialarbeiter, ich habe unterschiedliche Berufsgruppen. Mir leuchtet beispielsweise überhaupt nicht ein, dass ich - als Regelfall; Ausnahmen sind natürlich immer okay - Ersatzlehrerstunden für Klassenlehrerinnen brauche, die zum Jugendamt gehen. Meiner Ansicht nach wären genau umgekehrt die Psychologen zu verstärken, wäre die Schulsozialarbeit auszubauen, die dann neben den Lehrerinnen auch Verantwortung im Bereich der Elternarbeit hat, Ansprechpartner sowohl für die Schüler als auch für die Eltern ist und vernünftige Kooperationen mit den Lehrerinnen eingeht. Dazu würde mich Ihre Meinung interessieren. Wer soll in einem multiprofessionellen Mix, wie Sie ihn angesprochen haben, welche Rolle spielen?

Frau Lassek: Eine Frage bezog sich auf Aktionen für Eltern mit Migrationshintergrund und auch darauf, was die Eltern mit deutschsprachigem Hintergrund machen. Es ist in der Tat so, dass wir bei solchen Konstellationen eine

ganz große Bandbreite von Eltern mit Zuwanderungshintergrund haben, und zwar die Bandbreite von sehr bildungsfern bis sehr bildungsnah, das heißt also die Bandbreite von Kindern, die ausgesprochen viel mitbekommen, weil sie aus Akademikerfamilien kommen, und Kindern, bei denen alle Risikofaktoren zusammentreffen. Das ist - ich sage es jetzt etwas platt - ein bisschen anders bei den deutschen Kindern, die wir haben. Das muss ich Ihnen nicht sagen. Das wissen Sie.

Wir haben keine Kontakte zu Elternvereinen, wir haben aber Kooperationskontakte zum Beispiel zum Paritätischen Wohlfahrtsverband, und wir haben an unserer Schule einen Alphabetisierungskurs und einen Sprachkurs für Frauen. Sozusagen: Mama lernt Deutsch, Mama wird alphabetisiert. Diese Kurse werden sehr gut angenommen. Sie sind voll; denn sie finden in der Schule statt. Das ist enorm wichtig. Alle Schulen haben Räume, und die Eltern sind so oder so an die Schule gebunden. Man muss das nutzen. Man muss Aktionen in die Schule holen, und dann kommen auch die Eltern dorthin.

Wir haben ein Frühstücksprojekt gehabt, das viele Jahre lang über Sponsoren finanziert wurde. Dabei haben Mütter Frühstück gemacht. Die Frauen haben selber eingekauft, sie haben geplant, sie haben gelernt zu planen, wie viel man beispielsweise in der nächsten Woche braucht, wenn jeden Tag zehn Kinder frühstücken, sie haben ihre Einkaufslisten und Anwesenheitslisten gemacht und haben sich damit ein Stück weit professionalisiert. Wir haben das im Rahmen eines LOS-Projekts gemacht. Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen schon einmal mit einem LOS-Projekt zu tun hatte. Ich mache das nie wieder. So etwas Aufwendiges! Das war schlimm. Aber es war erfolgreich für die Frauen, weil dieses Projekt als Sprachförderung anerkannt wurde. Sie mussten ja mit den Kindern sprechen, also sich selber auch der deutschen Sprache stellen.

Der Vorteil an unserer Schule besteht darin, dass es ganz viele Kulturen gibt, dass wir aber miteinander Deutsch sprechen. - Allerdings nicht in den Pausen; das muss ich dazu sagen. In den Pausen dürfen die Kinder natürlich ihre Sprache sprechen. Aber unsere gemeinsame Sprache ist Deutsch. Wir haben versucht, auf diese Weise Eltern mit den Kompetenzen, die sie haben, in das Schulleben einzubeziehen. So ist

zum Beispiel ein Vater jede Woche zum Wochenmarkt gefahren und hat eine Kiste Äpfel geholt. Jetzt gibt es das Schulobstprogramm. Auch dafür mussten wir uns bewerben.

Was Ihre Frage angeht, Herr Dr. Yazici: Nein, wir haben keine Kooperation mit Elternvereinen. Zum ZEB, über dieses Gremium, ja, aber nicht zu Elternvereinen.

Herr Möhle, Sie sagten, auf den Anfang komme es an. Ich möchte noch einmal ganz deutlich darauf hinweisen: Wenn wir nicht lernen, viel mehr präventiv zu arbeiten, dann kommen wir mit bestimmten Problemen nicht mehr klar. Das sagen wir schon seit vielen Jahren. Wir müssen kapieren, dass sich die sozial-emotionale Auffälligkeiten, die in der Oberschule plötzlich nicht mehr tragbar sind, nicht mit dem Eintritt in die 5. Klasse entwickeln, sondern schon in der Kindertagesstätte vorhanden sind. Wenn wir nicht lernen, zumindest in der Grundschule über präventive Maßnahmen noch effektiver damit umzugehen - mit „effektiv“ meine ich, noch genauer und besser auf die Kinder einzugehen -, dann werden wir das auch weiterhin nicht genug bearbeiten. Ich bin nicht der Meinung, dass wir als Schule sozial-emotionale Auffälligkeiten in immenser Weise produzieren, aber wir haben nicht genug Mittel, um mit ihnen präventiv umzugehen.

Es ist auch eine Frage der Diagnostik. In der Grundschule dürfen wir ja erst einmal gar nicht diagnostizieren, welche Behinderung oder Beeinträchtigung ein Kind hat. Das geschieht erst in der Vorbereitung zum Übergang in die 5. Klasse.

Meine ganz klare Antwort lautet: Ja, und viel mehr präventiv. Das hat auch etwas mit dem Armutsaspekt zu tun, und dazu zähle ich auch Arbeitsbedingungen.

Von den Bildungszielen her auch ein Ja. Wir reden alle davon, dass Mathematik und Deutsch nicht das Leben vorbereiten, sondern dass wir Kompetenzen brauchen. Wir brauchen soziale Kompetenzen, wir brauchen personelle Kompetenzen, wir brauchen Methodenkompetenzen, und wir brauchen fachliche Kompetenzen. Das reduziert sich nicht auf Mathematik und Deutsch, wie es in Studien abgefragt wird, aber diese Kompetenzen fangen auch nicht erst in der Oberstufe an. Die müssen wir in der Grundschule und im Kindergarten anlegen. Dort müssen sie Bedeutung haben, und dann ändern sich sicherlich auch Einstellungen.

Frau Dogan, Sie hatten die Sprachförderung und Sprachkonzepte benannt. Ich fände es sehr hilfreich, wenn es über alle Bildungsstufen hinweg so etwas wie einen roten Faden in den Sprachkonzepten gäbe, der besagt, wie Sprachförderung stattfinden sollte und was in jeder Altersstufe prägnant ist. Das ist natürlich in der Kindertagesstätte mit dem Wortschatz und so weiter etwas anderes. Wir müssen einfach wissen, dass Kinder, die zweisprachig aufwachsen, sprachlich hoch kompetent sind. Sie haben oft höhere Kompetenzen für die Strukturierung von Sprache als einsprachig aufwachsende Kinder. Wir fordern das nur nicht genug ab. Die andere Seite ist aber: Diese Kinder begegnen in der Schule sofort einer Schulsprache. Das ist noch nicht unbedingt eine Bildungssprache, aber das geht in diese Richtung. Diese Sprache sind die Kinder überhaupt nicht gewohnt. Sie sind ihre Umgangssprache gewohnt. Daran müssen Sie arbeiten.

Dann kommen wir zu der Forderung der Bildungssprache und der Fachsprache. Fachsprache fängt mindestens in der Grundschule an. Wir müssen wirklich lernen, dass es in jedem Fach eine Fachsprachlichkeit gibt, mit der wir den Kindern zum Beispiel vermitteln müssen, was etwas Bestimmtes in Mathematik heißt und was dahinter steht. Da ist noch eine Menge zu tun, denke ich, und zwar nicht, weil Lehrerinnen und Lehrer das nicht wollten, sondern weil oft die Zeit dafür längst nicht ausreicht oder weil einfach auch die Bedeutung noch nicht wahrgenommen wird.

Nun komme ich noch zu Herrn Güldner. Ja, multiprofessionelle Zusammenarbeit ist in der Addition von Aufgaben in der Schule notwendig, im Ganztage, in der verlässlichen Grundschule und im Ganztage in allen Schulstufen. Es geht um die Zusammenarbeit von Erzieherinnen und Erziehern und Lehrkräften und auch um die Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern. Man muss zusammenarbeiten; das geht nicht anders; man kann nicht nebeneinander herlaufen, wobei man sehen muss, dass zwar jede Profession ihre Eigenständigkeit hat, dass es aber auch ein Stück weit Transfer braucht.

Und die konkrete Frage, ob die Lehrerin mit zum Jugendamt gehen muss, ob man dafür eine Lehrerstunde mehr bekommen muss: Manchmal ja. Dies ist ureigene Aufgabe von Sozialarbeit, aber ich merke in ganz vielen Hilfesgesprächen, dass es

auch ganz viele Vorurteile oder falsche Einschätzungen vonseiten der Sozialarbeit gegenüber Schule und umgekehrt gibt. Das kann man nur im direkten Austausch miteinander klären, und es braucht eine Zeit, bis so etwas an Standorten ein Stück weit professionalisiert ist. Da ist die Trennung durch die unterschiedlichen Ressorts und durch viele andere Bedingungen wirklich ganz stark.

Abg. Dr. vom Bruch: Mir liegen noch zwei Wortmeldungen vor. Ich möchte nun einen Strich unter die Rednerliste machen, den beiden Damen, Frau Vogt und Frau Böschen, mit der Bitte um eine kurze Frage oder Bemerkung und anschließend Frau Lassek für ein abschließendes Statement das Wort geben.

Abg. Frau Vogt: Ich versuche, mich kurzzufassen. Aber ich muss Frau Lassek auch meinen tiefen Respekt entgegenbringen. Mein Sohn war Grüppling in der Grundschule. Ich weiß selber, wie viel Engagement von Schulleitungen und Lehrerkollegien in ärmeren Stadtteilen vorhanden ist, was man - das muss ich ganz ehrlich sagen - an anderen Schulen manchmal verzweifelt sucht. Daher sage ich auch immer im privaten Bereich: Wertet diese Stadtteile und diese Schulen nicht ab! Die laufen teilweise viel engagierter und besser. Das muss man Menschen aus anderen Stadtteilen manchmal deutlich sagen.

Ich habe Ihrem Vortrag zwei, drei Dinge entnommen. Sie haben einiges bestätigt, was ich vorhin gesagt habe. Ich habe ja auch nicht nur mit einigen Schulleitern gesprochen, was die Multiprofessionalität angeht. Es gibt nämlich noch einen anderen Grund, Herr Güldner. Es ist einfach so: Viele Eltern haben keinen Zugang zu staatlichen Institutionen, aber Vertrauen zu den Klassenlehrern und Klassenlehrerinnen. Der Schulsozialarbeiter oder die Schulsozialarbeiterin hat den Kontakt zu den Kindern, aber nicht unbedingt zu den Eltern.

(Abg. Frau Krümpfer: Es kommt darauf an!)

- Ich habe es ja selbst erlebt. Wie gesagt, mein Sohn war in einer solchen Schule.

(Abg. Dr. Güldner: Er ist nicht der einzige Schüler in der Stadt gewesen! Es gibt ja noch andere!)

- Herr Güldner, man muss es vielleicht einmal ernst nehmen, dass vielen Schulen aus ärmeren Stadtteilen sagen, dass die Klassenlehrerinnen die Ansprechpartnerinnen sind.

(Abg. Dr. Güldner: Das Schulsozialarbeiterprogramm ist doch genau dafür da, dass wir das ändern!)

Abg. Dr. vom Bruch: Ich habe keine Glocke. Sonst würde ich jetzt läuten.

Abg. Frau Vogt: Was mich erschüttert hat - ich glaube, da sollte man wirklich ganz schnell Abhilfe schaffen, weil das nicht mit Personalkosten und in die Zukunft weisenden Dingen verbunden ist -, ist die Tatsache, wie Schülerinnen und Schüler ausgestattet sind, ob sie eine Schere haben oder nicht. Mir sind dabei wirklich schlimme Erinnerungen hochgekommen. Ich kann mich erinnern, dass wir Druckereien abgeklappert haben, um Papier zu sammeln. Ich finde, das kann man ändern. Eine Schere kann nicht die Welt kosten. Ich glaube nicht, dass die Bereitstellung eines zusätzlichen Budgets für Materialien für die Schulen in den armen Stadtteilen den Haushalt so belastet, dass das nicht möglich wäre. Das muss ich ehrlich sagen. Bei allen Dingen, die Personal erfordern, weiß ich, dass es ein bisschen schwieriger ist. Aber ich finde, das sollte man einfach einmal ausnehmen.

Ich habe aber zur Mehrsprachigkeit in Kindertagesstätten und zu dem Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule noch eine konkrete Frage. In der AG Sprachförderung im Rathaus hat Frau Rose schon ganz klar gesagt, dass sie in den Kindertagesstätten nicht auf Mehrsprachigkeit setzen, dass sie nicht die Familiensprache in den Vordergrund stellt, sondern den Erwerb der deutschen Sprache. Da frage ich mich immer: Ist das kontraproduktiv, weil Schule ja schon ein anderes System hat? Kann man das ändern?

Die nächste Frage ist: Sie haben eben von der Bildungssprache und von der Fachsprache gesprochen. Ist es sinnvoll, an einer Schule, in der eine Muttersprache überwiegend gesprochen wird, auch Fachunterricht schon in der Grundschule für vielleicht eine Stunde in der Woche in der Muttersprache anzubieten? Ich weiß es

nicht. Da gehen die Meinungen auseinander. Wissenschaftler bejahen dies; viele Schulen sagen, sie könnten es nicht umsetzen. Deswegen frage ich Sie, Frau Lassek; denn Sie sind ja Schulleiterin.

Die nächste Frage betrifft die Sozialindikatoren. Herr von Lührte hat dazu auch einiges gesagt. Es scheint, als seien die Sozialindikatoren nicht unbedingt das Prickelnde, um die tatsächlichen Bedarfe einer Schule festzustellen. Sie haben schon gesagt, dass die Blaue Karte vielleicht ein besserer Indikator sein könnte. Würde sich das, weil es vielleicht weniger diskriminierend wirkt, durch die Einführung eines Bremen-Passes, der jetzt im Gespräch ist, positiv ändern? - Diese Frage geht eher an Herrn von Lührte.

Abg. Dr. vom Bruch: Herr von Lührte hat schon frei!

(Heiterkeit - Abg. Dr. Güldner: Das hat er noch nicht gewusst!)

Abg. Frau Vogt: Ich denke, man muss das wirklich ernst nehmen.

(Zuruf: Alle nehmen das ernst!)

Schulleiter in den ärmeren Stadtteilen sagen ja, dass es nicht ganz hinhaut. Frau Lassek hat das jetzt auch gesagt, Herr Dolejs hat es gesagt. Da muss man sich doch einmal ernsthaft Gedanken darüber machen, wie man zu einem Maßstab kommt, der die Bedarfe in einer Schule besser misst. Vielleicht ist das eine Aufgabe für die Zukunft.

Die letzte Frage ist vielleicht ganz einfach zu beantworten. Gäbe es für Sie eine Möglichkeit, hochzurechnen, was das KESch-Projekt für eine Schule kosten würde, wenn - -.

(Frau Lassek: Wenn man es wirklich finanziert?)

- Ja, genau. Das würde mich interessieren. Herr Fantini hat das hier auch als positives Beispiel erwähnt. Nur, dass wir einmal eine Größenordnung wissen, was da eigentlich im Raum stehen würde.

Abg. Frau Bösch: Ich möchte noch auf ein paar grundsätzliche Dinge eingehen, Frau Lassek.

Ich teile Ihre Einschätzung, dass die Verteilung der Mittel, so wie sie zurzeit vorgenommen wird, ungerecht ist und dass es insoweit eine Veränderung geben müsste. Wenn es zu dieser Veränderung käme, könnte man deutlich anders arbeiten. Umso bemerkenswerter finde ich aber - das zeigt das Beispiel Ihrer Schule, und das zeigt das Beispiel der Marktschule und der Paula-Modersohn-Schule in Bremerhaven -, dass gerade aus den Stadtteilen, die mit diesen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die Schulpreis-Siegerschulen hervorgehen. Das Engagement, das dahinter steht, ist bemerkenswert.

Sie haben ausgeführt, Bremen zeichne sich dadurch aus, dass es auf der einen Seite gute, ja hervorragende Beispiele gebe - ich muss sie nicht aufzählen -, dass wir es aber auf der anderen Seite nicht schafften, das, was aus diesen guten Beispielen an Erkenntnissen erwächst, in der Fläche umzusetzen. Es gibt anscheinend ein relatives Beharrungsvermögen, es gibt relativ wenige Verbindlichkeiten. Sie haben zwei Beispiele angeführt, das des Übergangs und das der Sprachförderung. Wir haben es in Bremen mit einer Gemengelage zu tun, die auf der einen Seite sehr viele Freiräume eröffnet - das ist toll, das ist positiv; es entstehen ganz tolle Dinge -, gegen das Übertragen gibt es aber auch einen großen Widerstand bei Kolleginnen und Kollegen, bei Schulen. Sie haben es für die Leuchttürme beschrieben: Bloß nicht weitersagen! Denn dadurch produzieren wir eine Menge Gegenwind. Das ist meiner Ansicht nach ungeheuer schwer aufzulösen.

Ich möchte gerne Ihre Einschätzung zu Folgendem erfahren: Wir haben eigentlich eine sehr kleinräumige Struktur. Alle sind sehr dicht an der Behörde. Das hat große Vorteile, manchmal aber auch Nachteile. Wir haben Erkenntnisse, wie Sie sie gerade beschrieben haben. Sie haben Cito angesprochen. Diese Erkenntnisse werden oft von anderen geteilt, aber daraus werden keine Konsequenzen gezogen. Wie kann

man es organisieren, dass die Erkenntnisse, die aus den guten Projekten erwachsen, in der Fläche umgesetzt werden?

Was fehlt, ist eigentlich eine Struktur. Es hat einmal eine Untersuchung der Struktur in Bremen, eine Untersuchung darüber, wie die Zusammenarbeit der Schulen mit der Behörde ist, gegeben. Ich kenne sie bis heute nicht. Diese Zusammenarbeit war damals nicht so toll; das ist heute vielleicht völlig anders. Das kann ich nicht beurteilen. Aber wie erreicht man eigentlich diese Steuerung, und wie erreicht man es darüber hinaus, auch das Misstrauen ein Stück weit zu beseitigen, von dem Sie gesprochen haben, das zunächst einmal flächendeckend unterstellt, all jene, die daran tatsächlich arbeiten, hätten nur das Interesse, Ressourcen hereinzuholen? Natürlich gibt es ein Interesse daran. Das ist systemimmanent. Aber letztlich ist dies meiner Ansicht nach ein durchaus legitimes Interesse und eines, das man ernst nehmen muss, weil es in ganz vielen Fällen dazu führt, dass genau erkannt wird, welche Probleme existieren, sodass es keinerlei Konzepte, keinerlei bürokratischen Aufwands bedürfte, nähme man die Leute ernst, die tatsächlich am Kind arbeiten.

(Abg. Frau Vogt: Das sehe ich genauso!)

Abg. Dr. vom Bruch: Frau Lassek, das war erneut ein bunter Strauß vielfältiger Fragen. Ich bitte um eine - -.

Frau Lassek: Kurze Antwort?

Abg. Dr. vom Bruch: Um eine zusammenfassende, wenn ich das so sagen darf.

Frau Lassek: Ich sage jetzt etwas, was eigentlich nicht sonderlich freundlich ist. Ein Spruch begleitet mich schon sehr lange: Wer vier Asse in der Hand hat, verlangt nicht, dass neu gegeben wird. Das erklärt, warum an bestimmten Standorten, denen es „schlecht geht“ etwas passiert. Wir haben keine andere Wahl.

(Abg. Frau Bösch: Genau! Not macht erfinderisch!)

Wenn wir verhindern wollen, dass unsere Kinder von vornherein ins Abseits laufen, dann müssen wir ganz viel tun. Das ist das, was ich versucht habe, deutlich zu machen. Von diesen Schulen, von diesen Lehrerinnen und Lehrern wird immens viel verlangt. Ich will überhaupt nicht sagen, dass die anderen nichts tun, aber die Zwänge, ganz basal und intensiv an den Kindern und Eltern zu sein, auch Partizipation ernst zu nehmen und niemanden zu entwürdigen - auch das ist ganz wichtig -, fordern eine ganze Menge. Und dann ist es natürlich wichtig, Konzepte dazu zu entwickeln. Das ist vielleicht eine Erklärung, warum an bestimmten Standorten etwas passiert. Im Grunde können solche Schulen froh sein, dass es nicht nur PISA, IGLU und VERA gibt, sondern dass es auch andere Vergleiche gibt, die wirklich Kompetenzen in den Vordergrund stellen. Insoweit ist der Schulpreis im Moment sicherlich das Renommierteste in Deutschland. Aber das ist eben auch ein Glück für viele Gesamtschulen in der Bundesrepublik, die in diesem Zusammenhang auch einmal zeigen konnten - -.

(Abg. Frau Böschen: Es sind ja überwiegend Gesamtschulen!)

- Gymnasien haben es da in der Tat schwer, weil die Konzepte einfach das nicht abbilden, was Schule ausmacht.

Um auf Frau Vogt und die Mehrsprachigkeit zurückzukommen: Wir haben ein bisschen Muttersprachenunterricht in den Grundschulen. Das war schon einmal sehr viel mehr, zumindest an unserem Standort. Wir waren ausgesprochen erfolgreich mit türkischem Muttersprachenunterricht. Wenn es gelingt - das gilt grundsätzlich -, in der Phase der Alphabetisierung den zweisprachig aufwachsenden Kindern die Strategie, wie Lesen und Schreiben funktioniert, in ihrer Muttersprache zu vermitteln, dann haben sie sehr viel größere Chancen einzusteigen, weil sie die Möglichkeit hatten, diese Strategie zu verstehen. Sie scheitern ja manchmal am Wortschatz und dann am mangelnden Verständnis der Strategie. Das hat aber absolut nichts damit zu tun, dass sie zu dumm wären, lesen und schreiben zu lernen. Es gibt sehr erfolgreiche Wege. Es ist aber nicht so, dass der Muttersprachenunterricht, der in den Grundschulen und auch in den weiterführenden Schulen noch gegeben wird, zum Beispiel auf die Konzepte der Alphabetisierung abgestimmt ist. Das war auch eine Initiative einer unserer Lehrerinnen, die jetzt im

Ruhestand ist. Wir haben leider nur noch ein bisschen Kurdischunterricht; mehr nicht. Aber es gibt an anderen Schulen zumindest noch türkischen Muttersprachenunterricht und auf freiwilliger Basis Arabischunterricht und auch Polnischunterricht. Zumindest großen Gruppierungen damit eine zusätzliche Chance zu geben, ist einfach erfolgreich. Das kann man nicht anders sagen.

Die Konzepte der Kindertagesstätten kenne ich nicht, Frau Vogt, weiß aber, dass es in diesem Bereich Sprachförderkonzepte gibt. Nachdenklich machen mich in diesem Zusammenhang andere Konzepte der Kindertagesstättenarbeit, wie sie in Bremen im Moment praktiziert werden. Ich bin nicht sicher, wie sich diese auf die Sprachförderung auswirken. Es gibt zum Beispiel das Konzept der offenen Kita, es gibt das Konzept der Spezialräume, der Forscherräume und so weiter und das Konzept des Restaurantessens, bei dem die Kinder nicht in der Gruppe frühstücken und zu Mittag essen, sondern zu der Zeit, zu der sie das möchten, in einem sogenannten Restaurant. Ich weiß nicht, wie bei diesen Konzepten die allerwichtigste Sprachförderung in dieser Altersstufe, das begleitende Sprechen, erfolgen sollte.

Ich kann für die Schule noch sagen: Englisch gibt es an Schulen wie unserer ab der 3. Klasse. Als Englisch eingeführt wurde, wurden wir gefragt, ob wir in der Pilotphase mitmachen. Zum Glück war mein Kollege dazu bereit, allerdings in der Annahme, das könne nicht laufen. Ich muss Abbitte leisten. Der Englischunterricht ist für unsere Kinder ein Highlight, weil sie durch ihre Zweisprachigkeit eine höhere Sprachkompetenz haben und weil sie endlich einmal den deutschsprachigen Kindern ganz klar überlegen sind. Das ist jetzt nur eine Kurzeinschätzung, aber ich muss wirklich sagen: Das ist für mehrsprachig aufwachsende Kinder eine sehr gute Sache.

Kein Fach wird im Muttersprachenunterricht erteilt.

Abg. Dr. vom Bruch: Ich muss Sie bitten, ein wenig auf die Uhrzeit zu achten!

Frau Lassek: Ich versuche, die Fragen schneller zu beantworten. - Im Zusammenhang mit Sozialindikatoren wurde nach dem Bremen-Pass gefragt. Ja, darüber ist sicherlich nachzudenken. Es ist aber auch darüber nachzudenken, dass

manche Gelder - beispielsweise das Betreuungsgeld - besser an die Institution gehen und von der Institution verteilt werden.

Nun komme ich zu Frau Bösch und der Frage, wie man Erkenntnisse in der Fläche umsetzt beziehungsweise, wie man Kollegien bestimmte Erkenntnisse vermittelt. Ich denke, dazu bedarf es eines klaren Umdenkens. Schulen dürfen nicht mehr Einrichtungen sein, in denen Lehrerinnen und Lehrer isoliert arbeiten. Immer dort, wo es einer Schule gelingt, Teamarbeit in ihrem Hause einzuführen, wo Lehrerinnen und Lehrer lernen, dass ihr eigener Stand besser ist, wenn sie sich mit anderen austauschen, und dass sie sich dann auch arbeitsmäßig entlasten können, findet eine Entwicklung statt. Das ist sehr wichtig. Ich glaube, dass es die Gelingensbedingung für Schulentwicklung ist, die Teamarbeit in der Schule zu installieren. Es ist wichtig, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer öffnen. Dazu braucht es aber Initiativen. Die gibt es über die Schulentwicklungsberatung durchaus. Ob man das noch verfestigen kann? Bestimmt. Das ist dann auch unter dem Aspekt von Freiräumen und Widerstand zu sehen. Wenn man es schafft, dass Teamarbeit entsteht und Schulen für sich als Schule ein Konzept zu entwickeln - das sind ganz einfache Dinge, die manchmal nur bestimmte Regeln oder bestimmte Setzungen für den Umgang miteinander -, dann wird der Widerstand automatisch kleiner, weil man im Team mit dabei sein muss. Wer das nicht will, muss dann andere Wege gehen. Das ist - da hat Herr von Lührte recht - ohne Controlling schwierig, aber es bringt Schulen durch innere Veränderungen voran.

Das ist eigentlich auch eine Frage von Steuerung und Misstrauen. Wenn es gelingt, dass wir merken, dass wir miteinander arbeiten müssen, dass wir Fehler eingestehen können - das ist ein ganz wichtiger Punkt für mich -, dann baut sich auch Misstrauen ab. Aber es gibt in der Tat immer noch und immer wieder ein großes Misstrauen zwischen behördlichen Strukturen und Schulen. Daran muss man arbeiten. Das ist und bleibt wichtig.

Es gibt etwas Positives im Bereich der Vernetzung, das ich noch ansprechen möchte. Seit zwei Jahren gibt es sogenannte Cluster für den Bereich der Mathematik. Das ist aus der SINUS-Initiative entstanden. Schulen wurden miteinander verbunden, die Kolleginnen entwickeln gemeinsam Projekte in

Mathematik und betreiben gemeinsam Fortbildung. Dieser Ansatz ist noch nicht fest etabliert, aber da läuft etwas.

Abg. Frau Vogt: KESch beziffern Sie uns für den Ausschuss noch? Das wäre super.

Frau Lassek: Ja.

Abg. Dr. vom Bruch: Das kann man vielleicht nachliefern.

Abg. Frau Vogt: Genau, nicht jetzt, aber dass man einmal die Größenordnung solcher Dinge erfährt. Wir reden über viel und haben viele Ideen, aber man muss ja auch einmal so etwas zu fassen bekommen.

Frau Lassek: Ja.

Abg. Dr. vom Bruch: Herzlichen Dank, Frau Lassek.

(Beifall)

Der Spannungsbogen zwischen der Sicht einer Behörde und der Sicht aus der Betroffenen-Perspektive ist ganz wichtig gewesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die dritte Stunde hat sich soeben vollendet. Das veranlasst mich zu einer lauten Überlegung zur Geschäftsordnung.

Erstens. Ich denke, es hat keinen Sinn, jetzt noch in die Diskussion unserer Papiere einzusteigen.

(Dr. Güldner: Sehr gut!)

Das hat auch einen inhaltlichen Grund, den ich an dieser Stelle nennen will: Möglicherweise ergibt sich aus den heutigen Vorträgen und aus der heutigen Diskussion an der einen oder anderen Stelle Ergänzungsbedarf. Mir geht es jedenfalls so, dass ich dies alles zumindest noch einmal reflektieren möchte. Der

langen Rede kurzer Sinn: Den zweiten Teil unserer Tagesordnung sollten wir für heute zurückstellen.

Zweitens bereitet der Termin am 7. Oktober - das ist bereits der kommende Dienstag - Schwierigkeiten. Ich habe vorhin von terminlichen Schwierigkeiten aufseiten der Grünen gehört.

(Dr. Güldner: Nur in Bezug auf den Arbeitsmarkt, weil das ja dorthin verlegt worden ist!)

Aber der Termin bereitet wohl insgesamt Probleme. Daher schlage ich vor, zu unserer ursprünglichen Planung zurückzukehren und den Gesamtkomplex Arbeitsmarkt nunmehr erneut für den 12. November vorzusehen. Unabhängig davon sollten die Sprechern oder jene, die sich dazu berufen fühlen, den kommenden Dienstag informell nutzen, um die Papiere der Fraktionen nebeneinander zu legen und zu schauen, wo sie Möglichkeiten sehen, sie zusammenzubringen, und wo vielleicht auch nicht.

Wir würden das also in einer kleineren Runde vorventilieren und in der darauffolgenden Sitzung noch einmal aufrufen. Dann würden wir uns am kommenden Dienstag nicht in großer Runde treffen, würden die Bearbeitung des Arbeitsmarktaspekts auf den 12. November zurückverlegen und würden unter den Sprechern oder jenen, die von den Fraktionen benannt werden - vielleicht auch einschließlich der wissenschaftlichen Mitarbeiter -, versuchen, anhand der Papiere eine vertiefende Diskussion vorzubereiten. Ist das ein Vorschlag, der Ihre Zustimmung finden könnte?

(Abg. Dr. Güldner: Blicke noch die Frage des Vor-Ort-Termins in Blumenthal, für den ein neuer Termin vergeben werden müsste!)

- Ganz genau. Der bislang vorgesehene Termin hat aber ohnehin Schwierigkeiten bereitet, sodass wir das vielleicht auch positiv wenden und einen etwas längerfristigen Termin verabreden können. Ich frage in die Runde, ob das ein gangbarer Weg ist. - Frau Vogt!

Abg. Frau Vogt: Das ist für mich keine Frage. Das können wir so machen. Aber zu diesem Ortstermin in Blumenthal möchte ich einen pragmatischen Vorschlag machen. Wenn es schwierig ist, einen Termin zu finden, an dem alle können, kann man vielleicht auch vereinbaren, dass es nur wichtig wäre, dass aus jeder Fraktion jemand dabei ist. Dann könnte man abseitig schauen, wann ein Termin möglich ist.

Abg. Dr. vom Bruch: Das ventilieren wir noch einmal vor. Dazu machen wir noch einen Vorschlag.

Dann würden wir so verfahren. Dann sage ich den Termin am kommenden Dienstag offiziell ab. Es wird nur eine Runde der Sprecher und der wissenschaftlichen Mitarbeiter mit der Maßgabe stattfinden, dass wir das Thema Bildung noch einmal unter uns aufrufen und schauen, wo es Parallelen in den Papieren gibt.

Da das jetzt Konsens ist, kommen wir nun zum Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“.

Herr Weiß, ich möchte Sie bitten, in wenigen, kurzen Sätzen zu erläutern, wie es bei der Ausschussassistenz personell steht und weitergeht.

Herr Weiß: Die Länge der Sätze ist nicht die von Kafka über den Zirkus und das Pferd in der Manege. - Wir sind im Plan. Wir hatten die Ausschreibung. Letzte Woche Dienstag ist die Bewerbungsfrist ausgelaufen. Wir haben sechs Bewerberinnen - tatsächlich alles nur Frauen - ausgesucht; das war allerdings purer Zufall. Wir haben es mit dem Personalrat und mit der Frauenbeauftragten abgestimmt und entsprechend auch mit der Abteilungsausschussassistenz. Wir haben das Vorstellungsgespräch für zwei Bewerberinnen auf letzten Freitag vorgezogen, weil sie in dieser Woche in Urlaub sind, und führen morgen die anderen vier Gespräche. Morgen Nachmittag wollen wir dann eine Vorentscheidung treffen. Am Dienstag, dem 7. Oktober, wird es im Vorstand besprochen werden, und der Vorstand muss letztendlich entscheiden. Ich denke wenn wir am 7. Oktober um 16 Uhr mit den Sprechern zusammensitzen, wird zumindest bereits eine Entscheidung des Vorstands vorliegen. Dann müssen wir noch zwei Wochen warten, um die

theoretische Möglichkeit der Konkurrentenklage abzufedern. Wenn es gut läuft, haben wir zum 1. November eine neue Ausschussassistenz, sodass Sie mich dann - in Anführungsstrichen - „los sind“.

Abg. Dr. vom Bruch: Herr Weiß!

Herr Weiß: Ich sage es positiv: Dann ist mein Intermezzo hier leider beendet.

Abg. Dr. vom Bruch: Damit könnten wir besser leben. Auch nicht gut, aber besser. - Herzlichen Dank. Das ist, so denke ich, ein Informationsstand, der einigermaßen optimistisch stimmen kann und mit dem es zumindest in die gewünschte Richtung geht.

Eine letzte Bemerkung: Falls in Bezug auf den kommenden Dienstag, an dem wir ja in kleinerer Runde zusammensitzen, noch eine Veränderung der Papierlage - auch im Lichte dessen, was heute hier besprochen worden ist - hergestellt werden soll, würde ich darum bitten, dass wir anstreben, die Unterlagen bis Montagmittag bereitzustellen, sodass sie dann auch noch gelesen und verstanden werden können. Es kann ja sein, dass die eine oder andere Fraktion sagt: Wir wollen noch eine Veränderung herstellen. Das sollte dann auch möglich sein.

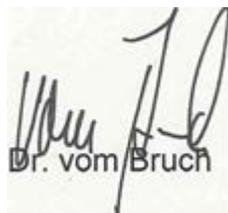
Ich danke unseren Gästen noch einmal ganz herzlich.

(Beifall)

Ich danke Ihnen, dass Sie nun doch länger als drei Stunden durchgehalten haben. Aber ich denke, die Thematik lohnt es. Ich wünsche eine angenehme Woche, die ja eine kürzere ist. Die eine oder andere und den einen oder anderen sehe ich am Dienstag wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung:17.40 Uhr)



Dr. vom Bruch